Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche vom 20. bis 26. Jan. 55 Goldpfg. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 21. Freitag, 25. Januar 1924. 31. Jahrgang.

Helfferichs Werk — eine Helfferich-Legende.

Berlin, 24. Januar.

Die Deutschnationalen, die, als Landbündler kostümiert, im Bunde mit den Reichsverkändlern der Industrie auf die Leitung der Rentenbank entscheidenden Einfluß haben, setzen den Kampf um die Reichsbank fort. Sie haben die Hoffnung, den Reichsbankpräsidenten durch einen Verleumdungsfeldzug zu beseitigen, noch nicht aufgegeben. Unterdes sorgen sie mit allen Mitteln der Reklame, an der sich auch Herr Helfferich persönlich beteiligt, für den Ruhm Helfferichs. Er, als der Retter der Währung, ist natürlich der einzig mögliche Reichsbankpräsident. Darum weg mit Schacht, damit Herr Helfferich sich auf seinen Platz setze — zur Freude der Schwerindustrie, der Bankdirektoren und der anderen Inflationsgewinner, aber auch zur Freude des einzigen, sozusagen freiwilligen Inflationsverlierers, des Reichsbankdirektoriums.

Deshalb ist es notwendig, Helfferichs Werk nüchtern zu überprüfen. Vorher aber wollen wir daran erinnern, daß Helfferich und seine Parteifreunde nicht immer so ehrgeizig waren. Wir reden jetzt nicht von der Schuld Helfferichs, der das Haupt der Steuerverweigerer im Reichstag gewesen ist und allen Forderungen und Anstrengungen zur Sanierung der Finanzen und zur Stabilisierung der Währung stets entgegengetreten ist. **Helfferich hat die Sanierung für unmöglich erklärt, solange der Friedensvertrag bestünde,** und die Stabilisierung für ausgeschlossen, da Deutschlands Wirtschafts-, Handels- und Zahlungsbilanz passiv wäre. Wir wollen auch nicht davon sprechen, daß Helfferich sich schützend vor die groteske Reichsbankpolitik der Papiermarkkreditgewährung gestellt hat. Aber erinnern möchten wir daran, daß Helfferich im Reichstag den Finanzminister Hilferding angegriffen hat, weil er sein Werk seines Inhalts beraubt hätte. Weit entfernt, sich mit der Rentenmark damals zu identifizieren, lehnte Herr Helfferich ausdrücklich die Verantwortung ab, die er heute in Anspruch nimmt. Ebenso erklärte damals die „Deutsche Tageszeitung" ausdrücklich, daß die Deutschnationale Partei nach den Veränderungen, die Hilferding am Werke Helfferichs vorgenommen habe, jede Verantwortung ablehnen müsse: **die neue Währung hätte nichts mehr mit der ursprünglichen Helfferichschen Idee zu schaffen.** Heute, wo die Stabilisierung geglückt ist, sind die Deutschnationalen und Herr Helfferich plötzlich so verantwortungsfreudig geworden, daß sie am liebsten niemand anderes mehr an der Verantwortung teilnehmen lassen wollen. Nur einen kleinen Vorbehalt machen sie als vorsichtige Politiker. Falls es schief gehen sollte, so wird daran beileibe nicht die Rentenmark schuld sein, sondern die auswärtige Politik der Regierung. Helfferichs Ruhm ist durch diesen von ihm selbst gefundenen Dreh auf alle Fälle gesichert.

Man kann aber leicht nachweisen, daß der Plan Helfferichs weder die Finanzsanierung noch die Währungsbesserung bringen konnte, sondern erst gerade dadurch möglich waren, daß man die Grundgedanken Helfferichs nicht verwirklichte. **Helfferich hat nicht die Rentenmark als neue Währung vorgeschlagen, sondern die Roggenpfund-Mark.** Der Wert seiner Geldeinheit, der Roggenmark, wäre abhängig gewesen von den schwankenden Notierungen der Berliner Roggenbörse. In den letzten beiden Monaten schwankte z. B. der Roggenpreis um zirka 30 Proz., zwischen 6,40 und 8,80 Mk. Die Roggenmark wäre also kein fester, sondern ein schwankender Wertmesser gewesen. Dieses so stark schwankende Geld, dessen Schwankungen auch völlig unberechenbar gewesen wären, mußte sich für die Wirtschaft als unbrauchbar ergeben. Industrie und Handel wären, um sich vor Verlusten zu schützen, genötigt gewesen, ihre Gelderlöse möglichst rasch in Devisen oder Waren umzuwandeln. Die Devisennachfrage hätte sich nicht vermindert; die Flucht aus der Roggenmark wäre fast ebenso erfolgt wie die aus der Papiermark, die Umlaufsgeschwindigkeit der Roggenmark wäre außerordentlich groß gewesen, nicht viel geringer als die Umlaufgeschwindigkeit der Papiermark. Das hätte die Unmöglichkeit bedeutet, der Zirkulation einen Betrag in der Höhe von 1,2 Milliarden Rentenmark zuzuführen. Denn infolge des raschen Umlaufs wäre das Zirkulationsbedürfnis schon durch die Zuführung von 200—300 Millionen übersättigt worden. Die Aufnahmefähigkeit der Zirkulation für einen Milliardenbetrag war aber die Vorbedingung dafür, daß das Reich diese Summe als Uebergangskredit erhalten konnte, um dann auf die weitere Papiergeldbeschaffung verzichten zu können. Mit der Helfferichschen Roggenmark wäre also die Stabilisierung der Währung überhaupt nicht erreicht worden, weil der ihr zugrundeliegende Warenwert ein durchaus schwankender war. Infolgedessen war es ebenfalls unmöglich, die Finanzen in Ordnung zu bringen. Das Reich hätte entweder die Zahlungen ganz einstellen müssen, was unmöglich ist, oder es hätte weiter Papiergeld fabriziert und damit sofort das Helfferich-Geld entwertet. Das wäre die unausweichliche Folge des Vorschlages Helfferich gewesen.

Herr Helfferich kann also von Glück sagen, daß dieses Hauptstück seines Vorschlages nicht angenommen und er so vor einer Riesenblamage gerettet worden ist, die ihm freilich im Urteil aller wirklichen, in Deutschland allerdings sehr spärlichen Sachkenner nicht erspart geblieben ist. Gerade diesen Punkt seines Vorschlages hat aber Helfferich mit größter Zähigkeit verteidigt. Er hat die Regierung Stresemann-Hilferding aufs heftigste angegriffen, weil sie auf Betreiben ihres Finanzministers die Roggenwährung ablehnte und auch die Uebergangswährung auf Gold abstellte. Nur dadurch war es möglich, der deutschen Wirtschaft eine in seiner Grundlage stabile Geldeinheit zur Verfügung zu stellen, die überhaupt wirtschaftlich anwendbar ist, sich in der Zirkulation behaupten kann und nicht sofort in Waren oder Devisen umgewandelt werden muß. Nur so konnte die Zirkulation mit jenen bedeutenden Summen gesättigt werden, die dem Reich erst die Möglichkeit gaben, den Etat auf Gold umzustellen und den Notendruck einzustellen.

Gerade die Abänderung des Helfferich-Projekts im entscheidenden Punkt, für die Herr Helfferich die Verantwortung ablehnte und den sozialdemokratischen Finanzminister mit Angriffen überschüttet, hat aus einem unbrauchbaren Versager **eine annehmbare Zwischenlösung** gemacht.

Gegen Luthers Lohndruckpolitik!

SPD. Der bekannte Brief des volksparteilichen Finanzministers an den Reichsarbeitsminister hat innerhalb der Arbeiterschaft allgemeine Empörung hervorgerufen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich schon deshalb veranlaßt gesehen, zu dem Schreiben Stellung zu nehmen und seine Auffassung in nachstehender Entschließung festzulegen:

„Der am 23. Januar tagende Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt gegen die vom Reichsfinanzministerium im Schreiben an den Herrn Reichsarbeitsminister vertretenen lohnpolitischen Forderungen schärfsten Protest.

Das in diesem Schreiben ausgesprochene Verlangen des Reichsfinanzministeriums, durch behördlichen Druck auf die Schlichtungsorgane oder durch Zwangsverordnung überhaupt die Reallöhne in der Privatindustrie niederzuhalten oder zwangsweise zu reduzieren, ist ein so unerhörter Uebergriff, daß die Reichsregierung über die Antwort des Herrn Reichsarbeitsministers hinaus gegen die vom Reichsfinanzministerium vertretene Auffassung Stellung nehmen muß. Andernfalls würde bei allen Arbeitnehmern jedes Vertrauen in die Autorität und Unparteilichkeit der vom Reich bestellten Schlichtungsorgane schwinden und damit die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung der durch die Schlichtungsorgane jetzt zu lösenden zahlreichen Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern verloren gehen.

Das Verlangen des Reichsfinanzministeriums wäre abzuweisen, selbst wenn seine Begründung sachlich berechtigt wäre. Denn die Folgewirkung des geforderten amtlichen Eingreifens würde sein, daß die Tariffreiheit aufgehoben wäre. Einen solchen behördlichen Eingriff kann sich keine Tarifpartei gefallen lassen. Die Forderung des Reichsfinanzministeriums ist jedoch auch sachlich nicht begründet. Der von ihm verlangte Lohndruck fördert nicht den notwendigen Aufbau der deutschen Wirtschaft, sondern hemmt ihn durch die völlige Ertötung der inneren Kaufkraft. Die Gewerkschaften haben bereits wiederholt und mit eingehender Begründung gegen eine im Reichsarbeitsministerium vertretene Auffassung, wonach der Wirtschaftszustand ein starkes Niederhalten der Löhne verlange, Verwahrung eingelegt.

Der völlig unmotivierte Vorstoß des Reichsfinanzministeriums hat eine so tiefe Erregung aller Arbeitnehmer ausgelöst, daß nur eine klare unzweideutige Stellungnahme der Reichsregierung Beruhigung bringen kann. Der Reallohn des Arbeiters ist soweit herabgedrückt, daß eine halbwegs normale Lebensführung unmöglich geworden ist. Die Arbeiter sind weiter dem übermütigen Angriff von Unternehmer-Organisationen ausgesetzt, die ihre wirtschaftliche Schwäche vielfach skrupellos mißbrauchen. Sie müssen wissen, ob die Reichsregierung diesen Druck, wie ihn das Reichsfinanzministerium will, sanktionieren und durch Duldung des Vorgehens des Reichsfinanzministeriums gar noch verstärken will."

Diese Entschließung ist dem Reichskanzler vom Bundesvorstand mit dem Ersuchen überreicht worden, „eine Entscheidung der Reichsregierung in dem von den Gewerkschaften gewünschten Sinne herbeiführen zu wollen." — Mit Rücksicht auf die geschaffene große Erregung der Arbeiterschaft bittet der Bundesvorstand den Reichskanzler ausdrücklich um einen schnellen Bescheid.

Das Unrecht des Ausnahmezustandes.

Wie Thüringen vergewaltigt wird.

SPD. In ganz Deutschland herrscht seit vielen Wochen vollkommene Ruhe, ohne daß aber der Ausnahmezustand aufgehoben würde. Schließlich aber muß er doch einen Sinn haben, und das zu beweisen betrachten scheinbar unsere Militärbefehlshaber abwechselnd als ihre Aufgabe. Herr Müller in Dresden läßt jetzt weniger von sich hören, nachdem er zur Genüge bewiesen hat, daß die Militärs schlechte Politiker sind. Auch Herr Lotzberg in Münster hat den Versuch, die sozialdemokratische Partei in Rheinland und Westfalen zu schikanieren, aufgegeben, weil ihm das sehr teuer zu stehen kam. Jetzt scheint Herr General Hasse sich erneut besonders berufen zu fühlen, den Sinn des Ausnahmezustandes zu beweisen, **ohne den** natürlich die Militärs nicht in der Lage wären, die **bestehende Ordnung in Unordnung zu verwandeln und in die Bevölkerung Unruhe hineinzutragen** — denn einen anderen Sinn hat doch der Ausnahmezustand tatsächlich nicht mehr. Er hat sich erlaubt, die thüringische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß alle wesentlichen Verordnungen, darunter versteht er auch alle Notgesetze und Verfügungen genereller Bedeutung, vor ihrem Inkrafttreten ihm vorgelegt werden. Seine Friedlichkeit und Liebenswürdigkeit ergibt sich aus dem besonderen Hinweis, ohne seine Kenntnis keine Verordnungen zu erlassen, da er sonst in die Zwangslage versetzt würde, gegen die verantwortlichen Stellen einzuschreiten.

Mit gutem Recht hat die thüringische Regierung diese Vorwitzigkeit eines Generals, die sich zwar auf eine bestimmte Verfügung des Reichswehrministers stützt, ohne deshalb jedoch rechtlich zulässig zu sein, in einem Antwortschreiben als einen durch nichts gerechtfertigten Eingriff in die Landesverwaltung bezeichnet und an den Reichskanzler außerdem einen Beschwerdebrief gerichtet, der die Tätigkeit des thüringischen Militärbefehlshabers Hasse treffend beleuchtet. Aus diesem Schreiben ergibt sich, wie wir immer behauptet haben, daß das Ausnahmerecht zu nichts anderem mehr dient, als Unordnung und Unruhe zu schaffen und ausschließlich deshalb große Summen des Reiches für einen Zustand verwendet werden, die besser für die hungernden Erwerbslosen Verwendung finden würden.

Bisher hat die Reichsregierung noch keine Gelegenheit genommen, sich zu dem Beschwerdeschreiben der thüringischen Regierung offiziell zu äußern. Aber schon heute scheint, daß auch Herr Hasse nicht ohne die Zustimmung des Herrn v. Seeckt und des Reichswehrministers Geßler das Schreiben an die thüringische Regierung gerichtet hat. Wir nehmen vielmehr an, daß Hasse überhaupt erst im Auftrage gewisser Berliner Stellen handelte. Wie lange soll dieser Unfug noch fortgesetzt werden? Wie lange wird den Militärs noch Gelegenheit geboten, den Sinn des Ausnahmezustandes durch die Schaffung von Unruhe und Unordnung zu beweisen? Es ist geradezu ein Skandal, daß bei der gegenwärtigen Finanznot des Reiches die Groschen der Steuerzahler weiterhin benutzt werden zur Aufrechterhaltung eines Zustandes, der die bestehende Ruhe und Ordnung in nichts mehr als in das Gegenteil: in Unruhe und Unordnung verwandelt.

Reichstagswahl im Juni.

Berlin, 24. Januar.

Der Reichsinnenminister hatte bekanntlich einen Gesetzentwurf vorbereitet, wonach vor Ablauf der Reichstagswahlperiode noch eine Aenderung des Wahlgesetzes beschlossen werden sollte, die eine Festlegung der Zahl der Abgeordneten, eine engere Verbindung zwischen Abgeordneten und Wählerschaft und eine Aenderung einzelner Wahlkreise bringen sollte. Auf Grund einer Aussprache mit den Parteiführern hat jedoch der Innenminister davon abgesehen, diesen Entwurf einzubringen. **Der neue Reichstag wird also noch nach dem alten Wahlrecht gewählt werden.** Uebrigens kommt voraussichtlich ein früheres Auseinandergehen des Parlaments nicht mehr in Frage und die **Neuwahlen werden voraussichtlich erst** auf Grund der verfassungsmäßigen Bestimmungen im Juni stattfinden. Man rechnet damit, daß der Ausnahmezustand, dessen Aufhebung gegenwärtig noch nicht in Frage kommt, noch vor den Wahlen abgebaut wird.

Während der **Anwesenheit der Sachverständigenkommission** in Berlin wird weder das Reichstagsplenum noch der bereits einberufene Auswärtige Ausschuß tagen.

Feierschichten im Bergbau.

SPD. Bochum, 24. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Feierschichten im Bergbau des besetzten Gebietes nimmt katastrophalen Umfang an. Am Mittwoch wurde von weiteren 16 Schachtanlagen gemeldet, daß sie gezwungen seien, den Betrieb mit Feierschichten zu belegen. Als Ursache wird neuerdings auch Absatzmangel angegeben, wenngleich in der Hauptsache die ungenügende Wagengestellung durch die Regie die Ursache ist. Auf der Zeche „Minister Achenbach" ist in den letzten Tagen nicht ein einziger Wagen gestellt worden. Die Notlage der von den Feierschichten betroffenen Arbeiter ist ungemein groß. Infolge der erheblichen Abzüge vom Lohn müssen die beschäftigten Bergarbeiter mindestens drei Schichten in der Woche verfahren, wenn sie soviel verdienen wollen, wie die Erwerbslosen Unterstützung erhalten. Dabei sind aber drei bis vier Feierschichten wöchentlich durchaus keine Seltenheit mehr. Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Uebertage-Belegschaft des Ruhrbergbaues finden in den nächsten Tagen neue Verhandlungen statt.

Am Donnerstag wurden auch aus dem Bergbau des unbesetzten Gebietes Feierschichten wegen Absatzmangels gemeldet. Auch dort sind auf die einzelnen Zechen bis zu vier Feierschichten eingelegt worden. Diese Tatsache ist um so ungeheuerlicher, als erst in der letzten Zeit ein großes Kohlenabkommen mit England und der Deutschen Reichsbahn abgeschlossen worden ist. Man führt also in größtem Ausmaße englische Kohle in Deutschland ein, während selbst die Arbeiterschaft im unbesetzten Gebiet auf der Straße liegt.

Die Wirkung der Micumverträge belastet weiterhin die Gesamtwirtschaft des besetzten Gebietes in sehr erheblichem Maße. Der Vorstand der Phönix-A.-G. in Hörde, dessen Werke bisher vollkommen stillgelegen haben, will nunmehr dazu übergehen, in bescheidenstem Umfange versuchsweise den Betrieb wieder aufzunehmen. Bei Besprechungen mit der Betriebsleitung wurde jedoch betont, daß irgendwelche Verpflichtungen für dauernde Beschäftigung oder völlige Wiederaufnahme des Betriebes nicht gegeben werden können. Zweifellos wirkt die Belastung durch die Micumverträge in außerordentlichem Maße lähmend auf die Wirtschaft des Ruhrgebietes ein.

Wahllehren.

Lehrreiche Ziffern aus den sächsischen Wahlkämpfen.

Es gehörte früher zu den Aufgaben konservativen und liberaler Politiker, darüber sich den Kopf zu zerbrechen, mit welchen Mitteln die Sozialdemokratie am wirksamsten zu bekämpfen ist. Vorschläge aller Art wurden gemacht. Bald griff man zu „geistigen Waffen" wie das vom Zentrum mit der Schule in München-Glabbach geschah, aber es wurden auch plumpere Mittel nicht verschmäht. Speziell in Sachsen hat man die verschiedensten Methoden angewandt. Polizei und Gericht wetteiferten in der Anwendung ihrer Machtmittel, außerdem bildeten sich ganze Industrien heraus, die gegen gute Bezahlung, wie z. B. Hans Blum, Lebius und andere, sogenannte geistige Waffen lieferten.

Alle Mittel versagten. Weder die Nadelstichpolitik der Polizei noch die Justizgymnastik der Gerichte oder die Werke berufsmäßiger Verleumder vermochten die Entwicklung der Sozialdemokratie zu hemmen. Jeder Wahltag bewies, daß die Partei stärker geworden war. Die Zeiten, in denen jeder Wahltag ein Siegestag war, sind leider vorüber. Nicht die Gegner haben das wirksame Kampfmittel gefunden, sondern es sind die Arbeiter, die im Bruderkampf das zerstören, was sie einst im heiligen Kampf mit dem Gegnern aufgebaut haben.

Der Bruderkampf begann, als während des Krieges die Spaltung der Partei eintrat. Wie viel der Kampf bis zum Ausbruch der Revolution die Gesamtbewegung geschädigt hat, läßt sich nicht nachweisen. Beim Ausbruch der Revolution war Sachsen noch immer das Land, das an der Spitze der Bewegung marschierte. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung wurden von 2 418 382 gültigen Stimmen 1 111 753 für die Kandidaten der SPD. und 342 038 für die Kandidaten der USPD. abgegeben. Die proletarischen Parteien verfügten also trotz der Stimmenthaltung der Kommunisten über 1 453 798 Stimmen. Also 60 Proz. Wähler bekannten sich zur Sozialdemokratie.

Während der Tagung der Nationalversammlung wurde der Bruderkampf besonders heftig. Kommunisten und ein Teil der Unabhängigen wollten in Deutschland die russische Politik nachahmen, während die Vertreter der SPD. an den alten Grundsätzen festhielten und die demokratische Republik als Grundlage für die sozialistische Gesellschaft ausbauen wollten. Der Erfolg des Bruderkampfes zeigte sich bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920. Die Zahl der Stimmen für die Kandidaten der SPD. sank von 1 111 753 auf 581 778; sie verloren also 529 975, während die Zahl der Stimmen der Unabhängigen auf 609 384 stieg und die Kommunisten 105 222 Stimmen erhielten. Dem Verlust von 529 975 der SPD. steht also ein Gewinn der Unabhängigen von 267 346 und der Kommunisten von 105 222 gegenüber. Für die drei Parteien zusammen bleibt ein Verlust von 157 407 Stimmen, die man den Gegnern oder der Gruppe der Nichtwähler zugetrieben hatte.

Das Jahr 1920 brachte im November eine Landtagswahl in Sachsen. Im Oktober hatten die Unabhängigen den Parteitag in Halle, der die Spaltung brachte. Jetzt gab es vier proletarische Gruppen, die sich gegenseitig bekämpften. Bei der Landtagswahl erhielt die neue Gruppe der Unabhängigen 286 662 und die andere Gruppe 60 188 Stimmen. Sie verloren also 262 534 Stimmen, während die Kandidaten SPD. 5033 und der Kommunisten 12 494 Stimmen gewannen. Der gegenseitige Kampf hatte also den Gegnern wieder 245 007 Stimmen zugetrieben. Der Anteil der proletarischen Stimmen war nun von 60 Proz. im Jahre 1919 auf 50,8 Proz. gesunken.

Die Genossen, die scharf im Kampf sind, werden vielleicht die Gründe des Rückganges in allen möglichen Erscheinungen suchen. Die sächsischen Wahlziffern zeigen aber nicht nur die Kosten der Spaltung, sondern auch den Gewinn aus der Einigkeit. Im Jahre 1922 war die Vereinigung der SPD. mit der USPD. erfolgt. Bald nach der Vereinigung fanden wieder Landtagswahlen in Sachsen statt. Im Wahlkampfe standen sich nicht wie im Jahre 1920 vier, sondern nur noch zwei proletarische Parteien gegenüber, und der Erfolg? Für die Kandidaten der VSPD. wurden 1 060 249 Stimmen, also 126 588 mehr als für die drei sozialdemokratischen Gruppen 1920.

Für den Kenner der sächsischen Verhältnisse war der Wahlausfall bei den Gemeindewahlen keine Ueberraschung, denn die inneren Kämpfe mußten die Partei lähmen. Unbesiegbar ist die Sozialdemokratie bei Angriffen von außen, da versagen alle Mittel der Gegner. Anders ist es bei inneren Zwistigkeiten. Die Masse der Macht ist die Einigkeit des Proletariats. Jeder, der diese stört, arbeitet bewußt oder unbewußt im Interesse der Gegner.

Ist das der richtige Weg?

Zur Sanierung unserer Finanzen.

SPD. Paris, 24. Januar. (Eig. Drahtb.)

Reichsbankpräsident Dr. Schacht, dessen Besprechungen mit den beiden Sachverständigenkomitees am Mittwoch zu Ende geführt wurden, ist am Donnerstag nachmittag von Poincaré empfangen worden, nachdem er bereits am Mittwoch mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou eine längere Unterredung gehabt hat. Er trat am Donnerstag abend die Rückreise nach Berlin an. Das positive Ergebnis seiner Aussprache, die rein technischen Charakter hatte, und jede Abschweifung auf das politische Gebiet vermied, ist in dem von der Reparationskommission am Dienstag veröffentlichten Communique niedergelegt. Die Sachverständigen haben sich darin lediglich im Prinzip zugunsten des von Dr. Schacht etwas allzu einseitig in den Vordergrund geschobenen Projektes der Errichtung einer Goldnotenbank ausgesprochen.

Ohne den persönlichen Erfolg, den Dr. Schacht zweifellos damit errungen hat, verkennen zu wollen, wird man andererseits doch davor warnen müssen, dieses Resultat zu überschätzen. Das oben erwähnte Communique läßt bereits durchblicken, daß das, was Dr. Schacht will und das, was die Sachverständigen daraus machen möchten, keineswegs identisch ist. In den Kreisen der Sachverständigen scheint man das Hauptgewicht auf den internationalen Charakter des Emissions-Instituts zu legen. Man will nicht nur seinen Sitz ins Ausland verlegen, sondern verlangt auch, daß die ausländischen Einflüsse in seiner Leitung ausschlaggebend vertreten sein sollen. Von Bedeutung ist außerdem die ausdrückliche Betonung, daß die Sachverständigen das Projekt der Goldnotenbank nur als einen Teil des Gesamtprogramms zur Sanierung der Verhältnisse in Deutschland und Voraussetzung für eine Lösung des Reparationsproblems betrachten, d. h. daß die Zustimmung des Sachverständigenausschusses zur Errichtung der Goldnotenbank abhängig ist von einer vorherigen Verständigung über dieses Gesamtprogramm. Eine solche Verständigung kann aber heute noch keineswegs als gesichert betrachtet werden. Informationen, die wir von einer der Reparationskommission nahestehenden, gutunterrichteten Seite erhalten, lassen außerdem befürchten, daß die den Plänen der Sachverständigen zugrunde liegenden Ideen in einer den deutschen Auffassungen stark entgegengesetzten Richtung tendieren. In maßgebenden deutschen Kreisen — auch Dr. Schacht gehört dazu — erblickt man die Lösung des Problems darin, daß Deutschland von den Alliierten zunächst einmal die Möglichkeit gegeben wird, seine Finanzen seine Wirtschaft und seinen industriellen Produktionsapparat wieder in Ordnung zu bringen und daß dann Deutschland die wiedergewonnene Kraft in den Dienst der Reparationen stellt, um durch eine bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehende Politik der Erfüllung des Reparationsprogramms so rasch wie möglich aus der Welt zu schaffen. Wie die Dinge heute liegen, will es indessen mindestens als sehr fraglich erscheinen, ob die Sachverständigen der Reparationskommission diesen Weg zu betreten bereit sind. Jedenfalls dürfte von französisch-belgischer Seite gegen eine solche Lösung schärfster Widerstand zu erwarten sein. Paris und Brüssel, die im Augenblick ein besonders starkes Interesse an Ratenzahlungen haben, werden sich vermutlich nicht nur einem Moratorium widersetzen, sondern auch mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einen Plan bekämpfen, der darauf abzielt, Deutschlands Währung und Finanzen zu sanieren, ohne gleichzeitig dem Verfall des Franken Einhalt zu gebieten.

Macdonalds Regierung.

Das Programm.

SPD. London, 23. Januar.

Der erste Kabinettsrat der neuen Regierung wurde am Mittwoch abend unter Macdonalds Vorsitz in der Downingstreet abgehalten. Anwesend waren zehn Mitglieder des neuen Kabinetts. Zur Beratung stand das neue Regierungsprogramm. Es wurde beschlossen, die Hauptaufmerksamkeit und die größte Energie für das Problem der Arbeitslosigkeit aufzuwenden. Weiter wurde man sich darüber einig, daß die Alterspension eine neue und freie Regelung erfahren müsse. Mit Bezug auf das außerpolitische Programm hat Macdonald, wie in unterrichteten Kreisen verlautet die feste Absicht, mit Hilfe seiner Ministerkollegen Lord Haldane und Lord Parmoor, die beide ausgezeichnete außenpolitische Spezialisten sind sofort in der Reparationspolitik und der Frage der Wiedergesundung Europas ohne Zeitverzug energische Schritte zu unternehmen.

Ministerpräsident Macdonald mit seiner Tochter, die ihm eine treue Gehilfin ist.

SPD. London, 24. Januar. (Eig. Drahtber.)

Mit besonderem Eifer wird in hiesigen politischen Kreisen die Frage erörtert, welche Haltung Macdonald als Ministerpräsident Frankreich gegenüber einnehmen werde. Auf Grund seiner Reden und der Erklärungen seiner jetzigen hauptsächlichen Mitarbeiter im Kabinett während der jüngsten Unterhausdebatten wird vielfach versichert, daß er nicht daran denke, den Bruch mit Frankreich herbeizuführen, sondern vielmehr versuchen wolle, durch eigene Vorschläge, die mit den Grundsätzen der Arbeiterpartei durchaus übereinstimmen würden, Poincaré zu einer neuen Politik zu bewegen. In diesem Zusammenhang wird den Unterredungen besondere Bedeutung beigemessen, die er am Mittwoch mit dem in London anwesenden Ministerpräsidenten Benesch gepflogen hat. Benesch ist inzwischen wieder nach Paris gereist. Auch Albert Thomas, der im Verlauf der vorigen Woche mehrere Tage in Berlin weilte und dann nach London reiste, hat hier mit maßgebenden Führern der Arbeiterpartei mehrere Besprechungen geführt. Uebrigens wird Macdonald die Absicht zugesprochen, eine internationale Konferenz einzuberufen.

Die erste Kabinettssitzung.

SPD. London, 24. Januar.

Das Communique über die erste Sitzung des neuen Kabinetts besagt, daß eine Anzahl von Vorentscheidungen über gewisse Fragen getroffen wurden, insbesondere über die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot und das Landwirtschaftsproblem, sowie über die die ehemaligen Soldaten der britischen Armee berührenden Fragen, namentlich ihre etwaige Unterbringung in der Verwaltung. Ferner sei die Politik besprochen worden, die das Kabinett bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments in seiner programmatischen Erklärung darlegen werde.

Es wird ferner mitgeteilt, daß das Kabinett Ausschüsse bestimmt habe, um die einzelnen Fragen zu prüfen und es überhaupt die Absicht des Premierministers ist, dieses System von Ausschüssen im Zusammenhang mit den Arbeiten des Kabinetts zu entwickeln. Diese Ausschüsse sollen das Kabinett wesentlich entlasten, indem sie ihm die Ausarbeitung von Detailfragen abnehmen und die sachverständige Prüfung aller Probleme der Verwaltung und der Politik vorbereiten.

In den dem Völkerbund nahestehenden Kreisen wird mitgeteilt, daß Macdonald Lord Parmoor ersucht habe, die Stelle des bisherigen englischen Vertreters Lord Robert Cecil als erster Delegierter Großbritanniens und ständiges Mitglied des Völkerbundrates zu übernehmen. Lord Parmoor, der ein Kirchenrechtslehrer ist, hat sich seit jeher als Verfechter des Völkerbundgedankens und der Wiederherstellung Europas betätigt. Er ist der Begründer des „Rates zur Bekämpfung der Hungersnot", der sich für die Hungernden sowohl in Rußland wie auch in Mitteleuropa betätigt hat.

Die Ergänzung des Kabinetts.

London, 24. Januar.

Die Tatsache, daß die in der ersten Kabinettssitzung gefaßten Beschlüsse unmittelbar danach öffentlich mitgeteilt wurden, bedeutet eine Neuerung im politischen Leben Englands.

Inzwischen ist das Kabinett durch folgende Namen ergänzt worden:

Minister für Pensionen: Roberts.
Generalstaatsanwalt: Patrick Hastings.
Oberster Rechtsberater der Regierung: Slesser.
Staatssekretär des Schatzes: Graham.
Finanzsekretär beim Kriegsministerium: John Lawson.
Parlamentarischer Staatssekretär des Schatzes und Haupteinpeitscher der Regierung: Ben Spoor.

Dazu ist eine ganze Reihe von Unterstaatssekretären ernannt worden und zwar: Major Attlee, Sidney Arnold, Arthur Ponsonby, Rhys Davies und Professor Richard Stewart.

Ferner sind zu parlamentarischen Unterstaatssekretären ernannt worden: Ammon, Smith, Alexander, Morgan Jones, Greenwood, Miß Margaret Bondfield, Shinwell, Lunn und Leach.

Völkisch voran!

Samt ihren Mordkomplotten.

SPD. Die Aufklärung des Mordplans gegen General v. Seeckt gewährt immer lieblichere Einblicke in die angebliche Geschlossenheit der völkischen Bewegung. Der verhaftete Augsburger Fabrikbesitzer Dr. Grandel war eingeschriebenes Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, stand aber gleichzeitig in Beziehungen zum Alldeutschen Verbande, dessen Vorsitzender Claß bekanntlich bereits vom Untersuchungsrichter vernommen worden ist. Diese beiden völkischen Richtungen denunzieren sich jetzt gegenseitig, die eigentlichen Urheber des Mordplanes zu sein und nehmen für sich selbst das Verdienst in Anspruch, die Verschwörung aufgedeckt zu haben. Es wird sehr interessant sein festzustellen, von welchen Kreisen nun wirklich das Komplott ausgegangen ist. Herr v. Graefe verwahrt sich sehr entschieden gegen die versteckte Verdächtigung der „Deutschvölkischen Freiheitspartei" durch die „Deutsche Zeitung" und deutet an, daß nach den Ermittlungen ganz andere Leute als seine Freunde „ungeheuerlich entlarvt dastehen" werden. Auf jeden Fall ist es eine feine Gesellschaft, die Mordpläne ausbrütet, sich gegenseitig bespitzelt und schließlich dem Staatsanwalt ausliefert.

Gegen das Volksbegehren.

SPD. München, 24. Januar. (Eig. Drahtb.)

Der Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei in Bayern hat in einer erweiterten Sitzung in Nürnberg zu den schwebenden politischen Fragen Stellung genommen, insbesondere auch zu den beiden von der Bayerischen Volkspartei eingebrachten Volksbegehren. Hierzu beschlossen sie die Veröffentlichung eines Aufrufs an alle Parteifreunde und verfassungstreuen Volksgenossen, der folgenden Wortlaut hat: „Bayern ist eine Unordnungszelle ersten Ranges geworden. Kein anständiger Mensch ist in Bayern seines Lebens sicher!" So rief der Führer der Bayerischen Volkspartei kürzlich im Landtage aus. Der unehrlichen Politik der Bayerischen Volkspartei in den letzten vier Jahren ist es zu danken, daß es soweit kam und daß sich in Bayern Zustände entwickelten, die länger nicht zu tragen sind. Das verfassungsmäßige verantwortliche Kabinett Knilling ist seit Monaten regierungsunfähig. Die Bayerische Volkspartei, die der Regierung den Namen gab, besitzt weder die Kraft noch den Mut, das Kabinett durch eine regierungsfähige Regierung zu ersetzen und in Bayern Recht und Verfassung wiederherzustellen. In ihrer Verzweiflung greift die regierende Partei zu einem Täuschungsmanöver übelster Art. Sie macht diesen Landtag verantwortlich, in dem sie selbst die Entscheidung in Händen hat und ruft zu einem Volksbegehren auf. Die Bayerische Volkspartei verlangt, daß durch Volksentscheidung erstens der Landtag sofort aufgelöst wird, zweitens der neue Landtag die Verfassung ändert. Das erste Begehren ist überflüssig. Das zweite Begehren ist volks- und staatsfeindlich. Unter dem harmlosen Deckmantel der Abänderung einiger Verfassungsbestimmungen unternimmt die Bayerische Volkspartei den Versuch, die Grundlagen der jetzigen Verfassung überhaupt zu stürzen und beschwört damit die verhängnisvollsten Gefahren für den Bestand des Reiches und die Zukunft des ganzen deutschen Volkes heraus. Wir ersuchen alle Sozialdemokraten, alle verfassungstreuen Bayern und aufrechten Reichsanhänger, die Bayerische Volkspartei bei diesem Beginnen allein zu lassen. Kein ehrlicher Deutscher, dem die Zukunft und das Wohl seines Vaterlandes am Herzen liegt; gebe seine Unterschrift."

Zusammenstöße im Erzgebirge.

Aus Dresden wird gemeldet, daß in Aue gestern nach einer Versammlung Demonstrationszüge sich durch die Stadt bewegten und der Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, nicht folgten. Als die Polizei mit Gummiknüppeln eingriff, sei sie mit Handgranaten beworfen worden, worauf sie von der Schußwaffe Gebrauch gemacht und die Ruhe wiederhergestellt hätte. Sieben Polizeibeamte und 16 Demonstranten seien verwundet.

In Alberoda bei Aue soll nach der gleichen Meldung Polizei bei der Verhaftung eines Kommunistenführers eingeschlossen und angegriffen worden sein, so daß sie gleichfalls Feuer gab. Zwei Polizeibeamte seien verletzt, einer der Demonstranten getötet. Weitere Polizeikräfte sind nach beiden Orten abgegangen.

Der französisch-belgische Handelsvertrag.

(Von unserem Brüsseler Korrespondenten.)

SPD. Brüssel, 20. Januar.

Die belgische Kammer ist zu einer Session zusammengetreten, die recht lebhaft zu werden verspricht. Auch in Belgien werfen die kommenden Wahlen, obschon sie erst im nächsten Jahre fällig sind, bereits ihre Schatten voraus und beherrschen die politische Debatte. Die demokratische Hochwelle, die dem Waffenstillstand folgte und die belgische Arbeiterklasse zu einem maßgebenden Faktor des nationalen Lebens machte, war schon bei den Neuwahlen 1921 erheblich abgeebbt, um in den folgenden Jahren einer ausgesprochen reaktionären Tendenz Platz zu machen. Aber wenn nicht alle Zeichen trügen, wird dieser Rückschlag bald überwunden.

Drei Fragen, die alle eng miteinander zusammenhängen, stehen im Vordergrund der politischen Diskussion: der Handelsvertrag mit Frankreich, das deutsche Problem und seine Rückwirkung auf die Beziehungen Belgiens zu Frankreich bezw. England und schließlich der Wertverfall des Franken. Der Handelsvertrag mit Frankreich, der demnächst der Kammer unterbreitet werden soll, hat im ganzen Lande eine starke Erregung hervorgerufen und bedroht den Bestand der Regierung. Selbst der Berichterstatter der Kammerkommission, der katholische Deputierte von Lüttich de Geradon, erklärt in seinem Berichte, daß der Vertrag die nachteiligsten Folgen für das belgische Wirtschaftsleben haben muß. Wenn er trotzdem seine Annahme empfiehlt, so ausdrücklich nur deshalb, weil er fürchtet, Frankreich werde die Ablehnung mit dem Zollkrieg beantworten! Kein Wunder, daß dieses Geständnis in breiten Schichten der öffentlichen Meinung den Eindruck erweckt hat, Frankreich wolle einen ihm über Gebühr günstigen Handelsvertrag von dem Land erpressen, das täglich von ihm mit herablassenden Versicherungen seines Wohlwollens überschüttet wird.

Die Katholische Partei, die das Rückgrat der gegenwärtigen Regierung Theunis-Jaspar bildet, ist in hellem Aufruhr gegen den Vertrag. Eines der hervorragendsten Häupter dieser Partei, der frühere Minister Renkin, führt die Opposition, der sich das Gros einer Partei, namentlich deren zahlenmäßig überwiegender flämischer Flügel, angeschlossen hat. Der Widerstand hat sowohl wirtschaftliche wie politische Gründe. Wirtschaftlich muß er zur Folge haben, die schon jetzt überaus ungünstige belgische Handelsbilanz gegenüber Frankreich noch weiter erheblich zu verschlechtern. Bekanntlich hat diese Handelsbilanz schon jetzt dazu geführt, daß der belgische Franken selbst der französischen Valuta gegenüber dauernd entwertet ist. Die belgische Einfuhr aus Frankreich beträgt weit mehr als das Doppelte der Ausfuhr, und dieses Mißverhältnis hat sich im letzten Jahre noch außerordentlich verschärft. Der neue Handelsvertrag will aber Belgien noch eine lange Reihe starker Zollherabminderungen für französische Weine, Parfümerien und andere entbehrliche Luxusartikel aufzwingen, ohne der belgischen Ausfuhr landwirtschaftlicher und Viehzuchterzeugnisse oder Industrieartikel auch nur annähernd gleichwertige Vergünstigungen zu gewähren. Das hochschutzzöllnerische Frankreich nutzt die zollpolitische Wehrlosigkeit des grundsätzlich freihändlerischen Belgiens ohne jeden Skrupel aus.

Neben den wirtschaftlichen Triebfedern der Opposition spielen aber auch mehr politische Beweggründe eine hervorragende Rolle. Sie sind als Symptom der Auflehnung gegen die Bevormundung und Umklammerung durch Frankreich zu betrachten. Trotz gelegentlicher, zumeist recht verspätet kommender Selbständigkeitsregungen, wie bei der Behandlung des rheinischen Separatismus, den Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen usw., läßt sich die belgische Regierung immer wieder ins Schlepptau Poincares nehmen. Während die Katholiken den schweren Kampf gegen diese verderbliche Politik bisher ausschließlich den belgischen Sozialisten überließen, zeigt sich bei ihnen in letzter Zeit ein gewisser Umschwung. Der vollständige Fehlschlag der Ruhrbesetzung, soweit man positive Resultate für die Reparationen von ihr erwartete, ist durch alles Siegesgeschrei nicht zu verdecken und hat sehr ernüchternd auf die öffentliche Meinung gewirkt. Dazu kommt die allgemeine Verschärfung der europäischen Lage und die zunehmende Entfremdung Englands, die jedem nüchtern denkenden Belgier die ernstesten Sorgen bereiten muß. Nicht nur in sozialistischen und flämischen Kreisen, sondern weit darüber hinaus ist man sich heute klar darüber, daß die unglaublich verblendete auswärtige Politik der Herren Theunis und Jaspar das Ansehen und die großen Sympathien, die Belgien in England genoß, fast gänzlich verscherzt hat. Ruhig denkende Männer aller Parteien und Kreise werden sich der schweren Gefahren, denen diese Situation die Interessen und unter Umständen selbst die Unabhängigkeit Belgiens aussetzt, immer deutlicher bewußt. Darin liegt ohne Zweifel der tiefere Grund der Revolte eines großen Teiles der Katholischen Partei gegen die heutige Regierungspolitik.

Die Regierung hat die Absicht, die Ratifizierung des französischen Handelsvertrages zur Vertrauensfrage zu machen. Die Liberalen, die den Hauptkeiler der französlenden Politik darstellen, überdies Neuwahlen am meisten zu fürchten haben, werden mit wenigen Ausnahmen den Vertrag unterstützen. Die Sozialisten werden geschlossen dagegen stimmen. Würden die katholischen Abgeordneten alle gemäß ihrer bekannt gewordenen Ueberzeugung stimmen, dann würde der Handelsvertrag ohne Zweifel verworfen und die Regierung gestürzt werden. Auf so viel Ueberzeugungstreue ist indessen bei vielen von ihnen wohl nicht zu rechnen. Man nimmt allgemein an, daß eine hinreichende Anzahl von Katholiken die Opposition im Stiche lassen werden, um die Regierung von einer Niederlage zu bewahren. Aber wie auch die Entscheidung ausfallen mag, der Konflikt im Lager der Regierungsparteien kann der sozialdemokratischen Partei nur politische Vorteile bringen. Wird der Vertrag verworfen, dann muß die Regierung, die von der Arbeiterpartei, von Anfang an und insbesondere von dem Ruhrabenteuer prinzipiell bekämpft worden ist, entweder das Feld räumen oder sie erleidet eine schwere Einbuße an Ansehen. Findet der Handelsvertrag eine Mehrheit, dann dürfte dennoch der Zwist innerhalb der Mehrheitsparteien vertieft werden und dazu beitragen, daß die Wahlen im nächsten Jahre der Sozialdemokratie neue Anhängerscharen zuführen.

Wann kommt die Goldnotenbank?

Im Spätsommer 1923 veröffentlichte Dr. Hjalmar Schacht den Plan einer Goldnotenbank (Bank von Deutschland), der in Deutschland und auch im Auslande eine einheitliche Aufnahme fand. Seitdem sind gut 4 Monate ins Land gegangen und weder der Mann, noch der Plan oder die Auffassung haben sich wesentlich geändert. Aus dem Leiter der Darmstädter Bank ist der Präsident der Deutschen Reichsbank geworden, der das Ausland für die Idee einer mit Hilfe ausländischen Kapitals zu errichtenden Goldnotenbank gewonnen hat. Nichts spricht mehr für Schacht und gegen seinen anmaßenden Konkurrenten Helfferich, als die Entschließung der beiden Pariser Sachverständigenausschüsse, die in den nächsten Tagen ihre Experten zum Studium der Lage Deutschlands und zur Erörterung von Einzelheiten über die Gründung der Goldnotenbank nach Berlin schicken werden.

Der Ausführung des Planes zur Errichtung einer Goldnotenbank stehen vorläufig noch eine Reihe Hindernisse im Wege, die u. E. nach durch die Fragen, wo die Bank ihren Sitz, in Deutschland oder im Auslande, haben soll und inwieweit die deutsche Seite an Leitung und Verwaltung der Bank vorzugsweise beteiligt sein wird, gegeben sind. Von der Erledigung dieser Fragen hängt begreiflicherweise im wesentlichen die Zukunft der deutschen Diskontpolitik ab. Wir haben aber die feste Gewißheit, daß Herr Schacht mit Hilfe seiner guten internationalen Beziehung, die ihm auch die Wege in Paris ebneten, gelingen wird, die angedeuteten Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Wir dürfen an einen solchen Erfolg des Herrn Schacht um so mehr glauben, als die letzten Schwankungen der internationalen Wechselkurse (Paris und Kopenhagen), die zum mindesten unmittelbar mit den Vorgängen auf währungstechnischem Gebiete in Deutschland zusammenhängen, abermals in greifbarer Form die Notwendigkeit für Europa bewiesen haben, ganz allgemein auf breitester Grundlage zu einer Stabilisierung zu kommen, was ohne Deutschland nicht geht. Die europäischen Länder haben also an einer deutschen Goldnotenbank dasselbe Interesse wie Deutschland, das faktisch ohne Weltzahlungsmittel ist, d. h. kein gegen Gold und Devisen einlösbares Geld hat.

Für Deutschland bedeutet die Verwirklichung des Schachtschen Planes den effektiven Bruch mit der alten Währung und Anfang eines Ueberganges zur Goldwährung. Volkswirtschaftlich ist zu hoffen, daß die neue Goldnotenbank die unproduktiven Devisen in Händen deutscher Besitzer und die verschobenen toten deutschen Auslandsguthaben in Form von Anlagekapital der Goldnotenbank wieder in den Dienst der deutschen Volkswirtschaft stellen.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		24. Januar.	23 Januar.
		(in Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 556 100	1 566 075
Buenos Aires	1 Peso	1 356 600	1 361 588
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	171 071	173 066
Kristiania	1 Kr.	579 548	578 550
Kopenhagen	1 Kr.	678 300	678 300
Stockholm	1 Kr.	1 087 275	1 092 263
Helsingfors	1 finn. Mk.	103 989	104 787
Rom	1 Lire	182 044	184 288
London	1	17 655 750	17 855 250
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	188 528	191 769
Zürich	1 Frs.	723 686	729 671
Madrid	1 Peseta	530 670	533 663
Portugal	1 Escudo	128 677	129 675
Japan	1 Yen	1 875 300	1 875 300
Rio de Janeiro	1 Milreis	443 888	443 888
Wien	1 Kr.	59 851	59 600
Prag	1 Kr.	121 944	122 443
Jugoslawien	1 Dinar	47 979	48 373
Budapest	1 Kr.	140 647	140 647
Bulgarien	1 Lewa	29 925	30 174

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen im unbesetzten Gebiet betrug am 1. Januar 1924 1 528 000, die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 862 000, was einem Rückgang von rund einer Million Kurzarbeiter gegenüber dem 1. Dezember 1923 bedeutet. Die Zahlen für das besetzte Gebiet sind nicht genau bekannt, weil die Tätigkeit der deutschen Verwaltung immer noch gestört wird; schätzungsweise sind im besetzten Gebiet ungefähr 1½ Millionen Arbeitslose und 850 000 Kurzarbeiter vorhanden, so daß im ganzen Reiche die Zahl der Arbeitslosen noch 3 Millionen und die der Kurzarbeiter 1,6 Millionen am 1. Januar 1924 betragen hat. Die Zahlen sind für das unbesetzte Gebiet seitdem etwas zurückgegangen, und es sprechen Anzeichen auch dafür, daß im besetzten Gebiet gleichfalls eine kleine Besserung eingetreten ist.

Nach Lenins Tod.

SPD. Moskau, 23. Januar (Eig. Bericht.)

Der Tod Lenins hat innerhalb der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung eine gewisse Verwirrung hervorgerufen. Zwar versuchen die maßgebenden Instanzen der Kommunistischen Partei in der Regierung, die Oeffentlichkeit hiervon nichts erfahren zu lassen, indem sie in öffentlichen Aufrufen Lenin feiern und sein Erbe als gesichert bezeichnen, obwohl gerade durch die fortgesetzte Betonung dieser Tatsache in den Aufrufen ein gewisser Eindruck der Verwirrung hervorgerufen wird. Bezeichnend ist übrigens ein Befehl des Revolutionären Kriegsrates an die Rote Armee und Flotte, der sofort nach dem Tode Lenins, sicherlich nicht anläßlich guter Vorahnungen, erlassen wurde. In dem Befehl heißt es u. a.: „Angesichts des tragischen Verlustes unseres Führers wendet sich der Revolutionäre Rat an die Armee und Flotte mit der Aufforderung, mit noch größerer Stärke und Unerschütterlichkeit auf ihrem schweren Posten der Verteidigung aller Eroberungen der Oktoberrevolution zu stehen. Die den Geboten Lenins treue Rote Armee und Flotte ist und bleibt die Stütze der Sowjetmacht."

Der Nachfolger Lenins wird nach dessen Beerdigung auf Vorschlag der „Troika", dem Dreimännerkollegium, das die Führung der russischen Kommunistischen Partei inne hat, gewählt werden. In Frage kommen in erster Linie Kamenew und Rykow, die bisher schon als Stellvertreter Lenins fungierten. Da Kamenew Jude ist, dürfte Rykow mehr Aussicht auf Erfolg haben. Trotzki, der sich z. Zt. im Erholungsurlaub befindet, scheidet auf Grund seiner oppositionellen Haltung zum Kommunistischen Zentralkomitee als Nachfolger von vornherein aus.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Frau Regel Amrain und ihr Jüngster.

Erzählung von Gottfried Keller.

2. Fortsetzung.

Ebenso verfuhr sie mit dem, was sonst von den Eltern mit einer schrecklich ungeschickten Heiligkeit behandelt wird, mit dem Gelde. Sobald als tunlich ließ sie ihren Sohn ihren Vermögensstand mitwissen, für sie Geldsummen zählen und in das Behältnis legen, und sobald er nur imstande war, die Münzen zu unterscheiden, ließ sie ihm eine kleine Sparbüchse zu gänzlich freier Verfügung. Wenn er nun eine Dummheit machte oder eine arge Nascherei beging, so behandelte sie das nicht wie ein Kriminalverbrechen, sondern wies ihm mit wenig Worten die Lächerlichkeit und Unzweckmäßigkeit nach. Wenn er etwas entwendete oder sich aneignete, was ihm nicht zukam, oder einen jener heimlichen Ankäufe machte, welche die Eltern so sehr erschrecken, machte sie keine Katastrophe daraus, sondern beschämte ihn einfach und offen als einen törichten und gedankenlosen Burschen. Desto strenger war sie gegen ihn, wenn er in Worten und Gebärden sich unedel und kleinlich betrug, was zwar nur selten vorkam; aber dann las sie ihm hart und schonungslos den Text und gab ihm so derbe Ohrfeigen, daß er die leidige Begebenheit nie vergaß. Dies alles pflegt sonst entgegengesetzt behandelt zu werden. Wenn ein Kind mit Geld sich vergeht oder gar etwas irgendwo wegnimmt, so befällt die Eltern und Lehrer eine ganz sonderbare Furcht vor einer verbrecherischen Zukunft, als ob sie selbst wüßten, wie schwierig es sei, kein Dieb oder Betrüger zu werden! Was unter hundert Fällen in neunundneunzig nur die momentan unerklärlichen Einfälle und Gelüste des träumerisch wachsenden Kindes sind, das wird zum Gegenstande eines furchtbaren Strafgerichtes gemacht und von nichts als Galgen und Zuchthaus gesprochen. Als ob alle diese lieben Pflänzchen bei erwachender Vernunft nicht von selbst durch die menschliche Selbsthilfe, sogar bloß durch die Eitelkeit, davor gesichert würden, Diebe und Schelme sein zu wollen. Dagegen wie milde und freundschaftlich werden da tausend kleinere Züge und Zeichen des Neides, der Mißgunst, der Eitelkeit, der Anmaßung, der moralischen Selbstsucht und Selbstgefälligkeit behandelt und gehätschelt! Wie schwer merken die wackern Erziehungsleute ein früh verlogenes und verblümtes inneres [illegible] an einem Kinde, während sie mit höllischem Zeter über ein anderes herfahren, das aus Uebermut oder Verlegenheit ganz naiv eine vereinzelte derbe Lüge gesagt hat. Denn hier haben sie eine greifliche bequeme Handhabe, um ihr donnerndes: Du sollst nicht lügen! dem kleinen erstaunten Erfindungsgenie in die Ohren zu schreien. Wenn Fritzchen eine solche derbe Lüge vorbrachte, so sagte Frau Regel einfach, indem sie ihn groß ansah: „Was soll denn das heißen, du Affe? Warum lügst du solche Dummheiten? Glaubst du die großen Leute zum Narren halten zu können? Sei du froh, wenn dich niemand anlügt, und laß dergleichen Späße!" Wenn er eine Notlüge vorbrachte, um eine begangene Sünde zu vertuschen, zeigte sie ihm mit ernsten aber liebevollen Worten, daß die Sache deswegen nicht ungeschehen sei, und wußte ihm klarzumachen, daß er sich besser befinde, wenn er offen und ehrlich einen begangenen Fehler eingestehe; aber sie bauete keinen neuen Strafprozeß auf die Lüge, sondern behandelt die Sache ganz abgesehen davon, ob er gelogen oder nicht gelogen habe, so daß er das Zwecklose und Kleinliche des Herauslügens bald fühlte und hiefür zu stolz wurde. Wenn er dagegen nur die leiseste Neigung verriet, sich irgend Eigenschaften beizulegen, die er nicht besaß, oder etwas zu übertreiben, was ihm gut zu stehen schien, oder sich mit etwas zu zieren, wozu er das Zeug nicht hatte, so tadelte sie ihn mit schneidenden harten Worten und versetzte ihm selbst einige Knüffe, wenn ihr die Sache zu arg und widerlich war. Ebenso, wenn sie bemerkte, daß er andere Kinder beim Spielen belog, um sich kleine Vorteile zu erwerben, strafte sie ihn härter, als wenn er ein entleckliches Vergehen abgeleugnet hätte.

Diese ganze Erzieherei kostete indessen kaum so viel Worte, als hier gebraucht wurden, um sie zu schildern, und sie beruhte allerdings mehr im Charakter der Frau Amrain, als in einem vorbedachten oder gar angelesenen System. Daher wird ein Teil ihres Verfahrens von Leuten, die nicht ihren Charakter besitzen, nicht befolgt werden können, während ein anderer Teil, wie z. B. ihr Verhalten mit den Kleidern, mit der Nahrung und mit dem Gelde, von ganz armen Leuten nicht kann angewendet werden. Denn wo z. B. gar nichts zu essen ist, da wird dieses natürlich jeden Augenblick zur nächsten Hauptsache, und Kindern, unter solchen Umständen erzogen, wird man schwer die Gelüstigkeit abgewöhnen können, da alles Sinnen und Trachten des Hauses nach dem Essen gerichtet ist.

Besonders während der kleineren Jugend des Knaben war die Erziehungsmühe seiner Mutter sehr gering, da sie, wie gesagt, weniger mit der Zunge, als mit ihrer ganzen Person erzog, wie sie leibte und lebte, und es also in einem zu ging mit ihrem sonstigen Dasein. Sollte man fragen, worin denn bei dieser leichten Art und Mühelosigkeit ihre besondere Treue und ihr Vorsatz bestand? so wäre zu antworten: lediglich in der zugewandten Liebe, mit welcher sich das Wesen ihrer Person dem seinigen einprägte und sie ihre Zwecke die seinigen werden ließ.

Doch blieb die Zeit nicht aus, wo sie allerdings einige vorsätzliche und kräftige Erziehungsmaßregeln anwenden mußte, als nämlich der gute Fritz herangewachsen war und sich für allbereits erzogen hielt, die Mutter aber erst recht auf der Wacht stand, da es sich nun entscheiden sollte, ob er in das gute oder schlechte Fahrwasser einlaufen würde. Es waren nur wenige Momente, wo sie etwas Entscheidendes und Energisches gegen seine junge Selbständigkeit unternahm, aber jedesmal zur rechten Zeit und so plötzlich, einleuchtend und bedeutsam, daß es nie seiner bleibenden Wirkung ermangelte.

Als Fritz bald achtzehn Jahre zählte, war er ein schönes junges Bürschchen, fein anzusehen mit seinem blonden Haare und seinen blauen Augen, und von einer großen Selbständigkeit und Sicherheit in allem was er tat. Er hatte bereits die Leitung des Geschäftes übernommen, was die Arbeit im Freien betraf, nachdem er schon vom vierzehnten Jahre an im Steinbruch tüchtig gearbeitet. Er machte ein ernsthaftes und kluges Gesicht und war dennoch aufgeräumt und guter Dinge, und was seiner Mutter am besten gefiel, war seine Fähigkeit mit allen Leuten umzugehen, ohne ihre Art anzunehmen. Sie hielt ihn nicht ab auszugehen, wenn es ihm langweilig war zu Hause, und mit anderen jungen Burschen zu verkehren; aber die scharf Aufmerkende sah mit Vergnügen, daß er an der Weise der jungen Seldwyler, mit denen er abwechselnd verkehrte, bald mit diesem, bald mit jenem, keinen sonderlichen Geschmack gewann, sie überschaute und nur sich etwas mit ihnen die Zeit vertrieb, wie und solange er es für gut fand. Mit Vergnügen sah sie auch, daß er sich nicht lumpen ließ und bei Gelagen manche Flasche zum besten gab, ohne je für sich selbst schlimme Folgen davonzutragen, und daß er nicht in einem schlimmen oder schimpflichen Handel verwickelt wurde, obgleich er überall sich zu schaffen machte und wußte, wie es zugegangen, ohne daß er übrigens ein Duckmäuser und Aufpasser war. Auch hielt er was auf sich, ohne hochmütig zu sein, und wußte sich zu wehren, wenn es galt. Frau Regula war daher guten Mutes und dachte, das wäre gerade die rechte Weise und ihr Söhnchen sei nicht auf den Kopf gefallen.

Da bemerkte sie, daß er anfing zu erröten, wenn schöne Mädchen ihm in den Weg kamen, daß er selbst häßliche Mädchen aufmerksam und kritisch betrachtete und daß er verlegen wurde, wenn eine hübsche runde und muntere Frau in der Stube war, während er dieselbe doch heimlicherweise mit den Augen verschlang. Aus diesen drei Zeichen entnahm sie zwei Dinge: erstens, daß noch nichts an ihm verdorben sei, zweitens aber, daß wenn eine Gefahr für ihn vorhanden wäre, auf den breiten Weg der Stadt zu tölpeln, diese Gefahr nur von seiten der Damen von Seldwyla herkommen könne, und sie sagte sogleich in ihrem Herzen: Also da willst du hinaus, du Schuft?

Die Schönen dieser Stadt waren nicht schlimmer gesinnt als ihre Männer und sie hielten, wenn sie erst zu Jahren kamen, noch manches zusammen, was diese lieber auch noch zerstreut hätten. Allein da die Männer sich gern lustig machten, so wollten sie, solange es ihnen gut erging, auch nicht zurückbleiben, und bei dem schönen Geschlechte laufen bekanntlich alle Abirrungen und Unzukömmlichkeiten zuletzt nur auf ein und dasselbe Ende hinaus, jene alte Geschichte, welche vielfältige Rückwirkungen auf das Wohl oder Weh der Herren Mitschuldigen mit sich führt. Sonach ging es auch in dieser Hinsicht zu Seldwyla etwas lustiger zu als an anderen Orten.

(Fortsetzung folgt.)

Biophon

Der Film des unheimlichen Geschehens

Greuel der Finsternis

Atemraubende - herzbeklemmende Abenteuer unter verlorenen Banden in den wilden Wäldern Mexikos. Schrecken und Grauen geht durch das Land, Verbrechen und niedere Leidenschaften triumphieren. Durch Wildnis und Todesgefahren, gepeitscht bis zum Wahnsinn ereilt auch den Skrupellosesten sein Schicksal.

Als Gegenstück zu diesem aufregenden Sensationsfilm als 2. Programmnummer (11018

Esther Carena

in dem überall mit großem Erfolg gezeigten Sittenfilm

Die Zigarettengräfin

Grelle Streiflichter aus dem Liebesleben der verruchenen Welt. Ihre Lust und auch der quälende, bittere Schmerz erbarmungslos gequälter Herzen. — Manchem Zuschauer haben die furchtbaren Seelenkämpfe der Zigarettengräfin, welche aus unendlicher Liebe zu ihrem Manne kein Opfer scheut, um dessen Ehre zu retten, die Tränen in die Augen getrieben.

Als 3. Programmnummer **Die Laten des Herkules** Ein urfidelles Lustspiel

---

Großer Maskenball

der Rudervereinigung „Flottweg"

Morgen Sonnabend, 26. Jan.,

in den festlich dekorierten Räumen des

Kolosseum

2 Kapellen! 2 Kapellen!

Anfang 7 Uhr. Kassenöffnung 6.30 Uhr.

Einzug des Prinzen Karneval mit Gefolge 8.37 Minuten, 7 Sekunden.

Maskenanzüge sind im Lokal zu haben.

Vorverkauf: Tiedemann, Johannisstraße 40, Josef Brielmayer, Königstraße 43. (11010

Stadthallen

Mühlenbrücke 13 **-Lichtspiele** Telephon 8749

Heute und folgende Tage:

Mutter

Das Hohelied der Mutterliebe

8 wundervolle Akte

Der große Fox-Film, der sich die Welt erobert hat.

In der Titelrolle:

Mary Carr

Die Mutter, die stets hofft und glaubt, enttäuscht ist und doch vergibt, im Herzen ewig Sehnsucht spürt nach Kindern, die sie liebt.

Außerdem:

Fix und Fax als Aftermieter

Lustspiel in 2 Akten.

Geschlossene Vorstellungen.

Beginn der Nachmittagsvorstellung 4.30, der Abendvorstellung 7.30 Uhr. Kassenöffnung 3.30 Uhr.

Achtung! Jugendliche Achtung!

haben zu den Nachmittagsvorstellungen zu halben Preisen Zutritt.

Auf unser hervorragendes Orchester unter Leitung unseres Kapellmeisters Herrn **Franz Gödel** wird besonders hingewiesen. 11032)

Trockene

Braunkohlen

gefork! (grusfrei) (11023

ab Lager à Zentner 90 Pfg.

20/40 Hartkoks

Englische Nußkohlen

Eiform-Briketts

Briketts - Preßtorf - Holz

liefert sofort frei Haus

Heinrich Boye

Lindenstraße 17a Telephon 913

Gebr. Kaffee ¼ ℔ 55 ₰
Gebr. Gerste „Apuma" 1 ℔ 35 ₰ (11026
Feinst. Viktoria-Erbsen 1 ℔ 22 ₰, bei 5 ℔ 20 ₰
Pr. gutk. weiße Bohnen 1 ℔ 30 ₰, bei 5 ℔ 29 ₰

Gustav Chlebusch
Reiferstr. 19a,
Ecke Warendorpstr.

Dauer-Wäsche

Marke Schildkröte

Bestes deutsches Fabrikat. (11016

Aug. Janensch
Sandstr. 6.

Pa. Speisekartoffeln

11009) empfiehlt

Bernhard Menck, Nachfolger.

Lager: St. Annenstr. 10. Tel.: 635/6.

FELLE

Rind- Kalb- Schaf- Ziegen- | **Rehe- Hasen- Kanin- Katzen-**

sow. alle anderen Fell- u.

HAARE

kaufen höchstzahlend

Gebr. Wagner

Domwartsgrube 26, Holstenstraße 8. (11007

Fernsprecher 3414.

Zentral-Theater

Fernruf 1359 **Johannisstr. 25**

Nur noch bis Montag

Der Palast des Grauens

Die Rätsel Afrikas.

Ein Sensationsroman aus dem dunklen Erdteil in 5 Akten.

Der Passagier von Nr. 7

Detektivfilm in 5 Akten

mit **Hanni Weiße** und **Max Landa.**

Der verliebte Sultan

Silhouetten-Trickfilm. (11021

Café Bernhardt

Fackenburger Allee 9.

Täglich nachm. 10762) u. abds.: **Konzert.**

Trocadero.

Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:

Stimmungs-Konzerte. 11011

Gut, recht u. billig.

Elegante Damenkonfektion:

Wintermäntel, schick 5.75. 12.50. Kindermäntel 4.—, 6.50. Elegante Jumper 6.75, Strickjacken 15.— Kleiderröcke 3.75, Blusen etc.

Elegante Herrengarderoben:

Starke Hosen, feldgrau 7.95. Buxkin- 5.90, Velour, 5.95, 6.80, Manchester- u. eleg. gestr. Hosen, **Breeches-hosen** 6.95, 7.90. Anzüge 32.— u. besser, Paletots 38.— u. besser, Ulster, **Konfirmandenanzüge,** Lodenjoppen, Knabenanzüge, Gummimäntel, schick, 23.60, Hute, Mützen, Unterzeug, warm. Wäsche usw.

Starke Schuhwaren:

Herrenstiefel 12.50, 17.50, 19.50. Damenschuhe 9.45 u. besser, **Kinderstiefel** alle Größen, Arbeitsstiefel 10.50, Schaftstiefel, Filzschuhe, Pantoffel, Holzpantoffel usw.

(11052

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Weißes Schmalz
℔ 77 Pfg.

Blasen-Schmalz
℔ 90 Pfg. (11050

Mehl
℔ 15 Pfg., 5 ℔ 70 Pfg.

Amerik. Mehl
℔ 18 Pfg., 5 ℔ 85 Pfg.

Gekochte Spitzerbsen
℔ 28 Pfg.

Grüne Erbsen
℔ 24 Pfg.

Gelbe Erbsen
℔ 24 Pfg. und 19 Pfg.

Weiße Bohnen
℔ 28 Pfg.

Haferflocken
℔ 18 Pfg. (11030

Syrup
℔ 35 ₰, 40 ₰ u. 45 ₰

Eduard Speck

Hüxstraße 80/84

Habe mein

Friseurgeschäft wieder eröffnet.

Siegfried Petzold, (11012) Geverdesstr. 43.

Spirituosen

ganz bedeutend billiger

Ia. Jam.-Rum-Verschnitt 38/40 % Lit. M. 2.25. Fl. ¾ Lit. nur M. 2.—

Ia. Weinbrand-Verschn. 38/40 %, Lit. M. 2.25, Fl. ¾ Lit. nur M. 2.—

Ia. Doppel-Kümmel und Aquavit

Liter M. 1.80, Fl. ¾ Lit. nur M. 1.60

Alles aus best. Weinsprit, daher besonders feine Qualitäten! Für Wirte u. Wiederverkäufer noch bill., je nach Quantum.

Grundmann,
Spirituosenhandlung
Lübeck, Schüsselbuden 32
Telephon 418 (11034

Fledermaus (11017

Einziges

Künstler-Nachtfest

der

Internat. Artisten-Loge

(Der Ertrag fließt ohne Abzug der Unterstützungskasse zu)

Sonnabend, den 26. Januar 1924

verbunden mit

Ueberraschungen, Tombola, Buden usw.

Das bedeutend vergrößerte

Programm

Anfang **8.30** Uhr

Eintritt inkl. Steuer Mk. 3.—

Vorverkauf bei **Niemeyer,** Breite Straße

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck

Betriebs-Versammlung

der Firma

Carl Thiel & Söhne

am Sonntag, d. 27. Jan. morgens 11 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Einsegel

Sonnabend, 26. Jan.

Großer Ball.

Anf. 7½ Uhr. (11019

Hansa-Theater.

Täglich 7½ Uhr abends: Gastspiel **Ludwig Ziegler** und **Gertrud Seewald-Schultze.** (11037

Die Bacchusnacht.

Operette in 3 Akten von **Bruno Granichstaedten.**

Sonntag nachm. 3 Uhr:

Kindervorstellung

zu ganz kleinen Preisen (Mk. 1.00 bis Mk. 0.20).

Häusel u. Gretel.

Stadttheater Lübeck.

Sonnabend, 7,30 Uhr: **Die Fledermaus** mit Max Herrmann als Eisenstein. (11006

Sonntag, 11 Uhr: **Prometheus v. Aischylos (Laban).**

7,30 Uhr: **Die schöne Helena.**

Kartenausgabe für die Behnhaus-Abende Freitag von 10 bis 1 Uhr an der Theaterkasse.

Gas cbm 21 Goldpfg., Lichtstrom kkw 65, Kraftstrom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (11026

Lübecker Volksbote

Beilage. Freitag, 25. Januar 1924. Nummer 21.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 25. Januar.

Wohltäter.

Eine kleine Szene, die sich mitten im Gewimmel der Großstadt abgespielt hat. Kaum einer mag sie beachtet haben. Der Mensch unserer Tage hat den Blick für das wahrhaft Große, das sich im Kleinen zeigt, verloren.

An der Bordschwelle der Straße hat sich ein Zigarettenhändler aufgepflanzt, ein dürftiges Männchen, das wohl tausendmal am Tage vergebens ruft: „Zigaretten gefällig?"

Ein greiser Bettler kommt des Weges, schlürfend, jeden Schritt erwägend. Nähert sich dem Tischchen, an dem der Händler seine billigen Sorten Zigaretten feilbiete. Und mit hilflosen Augen bleibt er mit einem Male stehen.

Der Händler greift in seine zerschlissene Rocktasche, holt ein Bündel zerknüllter Noten hervor, reicht dem Alten zwei, drei Scheine hin. Der Bettler nickt dankend, schlürft weiter.

Wenige Schritte nur. Da sieht er, an einen Türpfosten gelehnt, ein junges Weib. Das Gesicht aber ist alt und grau, und die Haare kleben in dünnen Strähnen an der Kopfhaut. Das Gewand ist ein Stück Lumpen, schmierig, zerfasert. In den Armen hält das Weib ein winziges Geschöpf, das unter der Umhüllung kaum sichtbar ist.

Und der alte Bettler, der noch die Gabe des Händlers mit zittrigen Fingern hält, tritt an das junge Weib heran. Und ohne hinzuschauen, steckt er ihm die Scheine zu. Und humpelt davon.

H. Gutmann.

Das Elend der Erwerbslosen.

Gibt es einen größeren Widersinn: **Es fehlt an Waren aller Art, an Wohnungen** und vielen anderen Dingen. Es ist Arbeit über Arbeit notwendig in Deutschland und in der ganzen Welt. Und Millionen möchten arbeiten, sie drängen sich danach, kämpfen um Arbeit und bekommen doch keine. **Kräftige Männer, junge Burschen, fleißige Frauen,** die bereit wären zu jeder Arbeit, die müssen feiern, werden jeden Tag ärmer, sehen, wie ihre Wirtschaft zerfällt, ihre Kinder verkümmern, und können nichts ändern. Es sind die **Opfer der kapitalistischen Wirtschaft,** deren Grundsatz nicht ist, Güter herzustellen, um Menschen zu versorgen, sondern die **Besitzlosen nach Bedarf auszubeuten** oder auch beiseitezuwerfen.

Es gab in früheren Jahren auch schon Erwerbslosigkeit. Solange es eine kapitalistische Wirtschaft gibt, haben die Arbeiter darunter zu leiden. Aber die Leiden haben sich verzehnfacht. In unsrer total zerrütteten Wirtschaft kommt es vor, daß **Arbeiter jahrelang ohne beständige Beschäftigung** sind. In ihrer Verzweiflung suchen die Erwerbslosen nach Mitteln der Rettung. Sie sind, das ist erklärlich, sehr leicht geneigt, den Leuten zu folgen, die die allerstärksten Mittel vorschlagen und die allerkühnsten Parolen aufstellen. Bei den Erwerbslosen finden deshalb die Kommunisten leicht Gehör. Es ist deshalb auch selbstverständlich, daß in den Erwerbslosen- und Wählerversammlungen vor allem gegen die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften die heftigsten Vorwürfe erhoben werden. Der Kommunismus muß seiner Natur nach vor allem die **sozialistischen Arbeiterorganisationen und -einrichtungen bekämpfen,** die sind ihm die stärksten Hindernisse. In den kommunistischen Versammlungen hört man darum kein Wort gegen eine Presse, die Erwerbslose Faulenzer schimpft, alle Arbeiterforderungen verhöhnt, sondern nur gegen die sozialdemokratische Presse, die einzige Wortführerin der Arbeiterschaft in der deutschen Oeffentlichkeit. Das liegt im Wesen des sogenannten Radikalismus, wird besonders geübt von der russischen Fakultät. Es wäre sehr töricht, gegen diese Art der Bezeigung von Aufmerksamkeiten auch nur ein Wort zu sagen. Sie gehört eben zum Kommunismus. Eine Tragik liegt nur darin, daß die Erwerbslosen in ihrer Not nun auch noch mithelfen, die Arbeiterbewegung zu schwächen und die wirklichen Gegner zu stärken. Es gibt aber in Deutschland keine wirtschaftliche Gesundung, keinen wirtschaftlichen Aufbau **ohne starke sozialistische Arbeiterbewegung.** Alle Hoffnung, alle Lebensmöglichkeit der Arbeiter in der Zukunft ist damit verknüpft.

Es geht den Erwerbslosen und es geht allen Arbeitern schlecht. Die Arbeiterorganisationen stehen in schweren Kämpfen und haben noch zu leiden unter Nachwirkungen der ungeheuren Geldentwertung, die uns das zweite Halbjahr 1923 brachte. Aber die Zeiten ändern sich wieder, die Arbeit wird wieder verlangt, damit steigt die Kampfeskraft der Arbeiter. Es ist nur zu wünschen, daß dann die Arbeiter auch **fähig sind zu kämpfen,** nicht gegeneinander, sondern **gegen ihre Feinde.** Die Kommunisten geben sich alle Mühe, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft dann eine zerrissene Front hat.

Die kommunistischen Agitatoren arbeiten mit ausgesprochenem Blendwerk. Sie werfen z. B. unserer Bürgerschaftsfraktion vor, daß sie ihre Anträge niedergestimmt habe, sie sprechen sozialdemokratischen Senatoren soziales Empfinden ab, obwohl sie die Hemmnisse einer allgemein erträglichen Gestaltung der Verhältnisse ganz genau kennen. Es wird eben im Sinne „höherer Befehle" gehandelt. Es liegt ihnen auch gar nicht an der Erfüllung, sie wollen vor allem bei den Erwerbslosen Stimmung machen **für die russische Methode,** Stimmung **gegen die deutschen Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratische Partei.** Sie wissen, daß mit phantastischen Plänen und Parolen nichts zu bessern ist. Der bekannte Heckert hat in dem „Reichsarbeitsausschuß der revolutionären Gewerkschaften" (RAA.) in einem lichten Augenblick folgenden Ausspruch getan:

> Eine Partei **kann Parolen aufstellen,** eine Wirtschaftsorganisation muß aber im **täglichen Kampfe versuchen,** die aufgestellten Parolen **durchzusetzen, das ist wesentlich schwieriger!**

In der Praxis fallen aber die Kommunisten der Arbeiterschaft stets in den Rücken, wenn sie im täglichen Kampfe versuchen will, diese Ziele zu erreichen. Es ist ein **Elend der Erwerbslosigkeit,** daß sie auch **Männer und Frauen,** die sonst **klug und tüchtig** sind, empfänglich macht für die kommunistischen Phantastereien.

Eine brave Tat! Der Schulknabe Hans Höppner, Kottwitzstraße 67 wohnhaft, rettete am Mittwoch die beiden Knaben W. und B. mit eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens. Die beiden Knaben spielten in der Nähe der ausgeeisten Freibadeanstalt Marli und brachen dabei ein. Mutig zog der kleine Höppner die Spielgefährten wieder heraus. Ein wackerer Junge!

Willen zur Bürgerschaftswahl.

Arbeiterfeinde rechts und links.

Katz und Roß.

Mit viel Geschrei und in heilsarmeemäßiger Aufmachung eröffneten die Kommunisten am Mittwoch den Wahlkampf. In welchem Geiste dieser geführt werden soll, erfuhr man bereits aus der an diesem Tage erschienenen ersten Nummer des „Kommunist", und den dort entwickelten Grundsätzen folgend, entledigten sich denn auch Roß sowohl wie Katz ihres Auftrages. Mit einem Nachruf für Lenin, der nach Nickels Angabe heute (Mittwoch!) gestorben sei, begann die Versammlung. Kaum war das letzte Wort verklungen, als aus der Nähe des Rednertisches sich eigenartige Laute vernehmen ließen, die allmählich in den Gesang der „Internationale" übergingen. Der Kreis der Singenden beschränkte sich allerdings auf das Häuflein um den Vorstand, da der Rest der gut besuchten Versammlung anscheinend die Hymne noch nicht ganz „weg" hatte. Nach solchem Präludium bestieg dann Katz das Podium und bestätigte den Ruf, der ihm voraufgeht: **ein geistloser Schwadroneur schlimmster Sorte.** Durch großen Aufwand an stimmlichen Mitteln suchte er das Fehlende zu ersetzen, ohne daß es ihm gelungen wäre, während seiner 1½stündigen Rede die Versammelten auch nur in etwas mitzureißen und zu erwärmen. Kein Wort über das Thema: „Kommunistische Politik im Reiche", statt dessen umständliche Schilderungen angeblicher Einrichtungen in Rußland und dann ein ununterbrochenes Geschimpfe auf die Sozialdemokratische Partei und ihre Führer. In Rußland alles für die Proletarier: Museen, Theater usw. von Arbeitern und Kleinbauern bevölkert, die Löhne steigen von Woche zu Woche, die Lebensgenüsse von Stunde zu Stunde. Ueberall erzielt Rußland Erfolge. „Nicht etwa, weil seine Diplomaten tüchtiger wären, das sind sie ohnehin auch" — sagt Katz. Und dann: es gibt im gewerblichen Leben Arbeiter, die von den Unternehmern aus der Masse als besonders brav herausgehoben und belobt werden. Diese Leute werden Vorarbeiter und später Meister, sie tragen dann einen Stehkragen, treten aus ihrer Gewerkschaft aus und denunzieren ihre bisherigen Arbeitsbrüder. Die Rolle dieser „Meister" spielt im politischen Leben die SPD. — In dieser niederträchtigen Weise ging es rund anderthalb Stunden lang, ab und zu, da sich auch nicht die geringste Zustimmung äußerte, unterbrochen von witzig sein sollenden Erzählungen.

Teilweise an das Thema hielt sich Roß, der es im übrigen seinem Vorredner gleichzutun suchte im Kampfe gegen die SPD. Wer allerdings in die Versammlung gekommen war, etwas über „kommunistische Politik in Lübeck" zu hören, der wurde von Roß ebenso arg enttäuscht, wie vorher von Katz. Der Redner klärte seine Gläubigen auf, daß die Kommunisten sich absolut nicht als Halbgötter anpreisen wollten und daß auch im Falle einer **kommunistischen Bürgerschaftsmehrheit nicht Honig und Butter fließen würden.** Die Achse, um die sich alles dreht, ist auch für Roß der **Kampf gegen die „Verräter",** und die immer wiederholten Aufforderungen zu diesem Kampfe ließen ihn lange vergeblich nach einem wirkungsvollen Schluß suchen.

Beide Redner bestätigten die alte Erfahrung, daß es ihnen auf einen **ernsthaften Kampf gegen das Bürgertum nicht ankommt,** sondern daß die Kommunisten ihre Hauptaufgabe darin sehen, **gegen Teile der Arbeiterschaft selbst ihren Haß auszutoben.** Weshalb das Bürgertum auch das ewige Kampfgeschrei der Kommunisten in seinem wahren Werte erkennt und seine Aufmerksamkeit der Bekämpfung seines ernsthaften Gegners, der Sozialdemokratie, widmet.

Nachdem Nickel wiederholt mißmutig festgestellt hatte, daß niemand ihm durch eine Aussprache die Veranstaltung interessant machen wollte, und nachdem in einem Schlußwort Katz noch schnell mitgeteilt hatte, daß der Bremer Senat eine sozialistische Mehrheit habe !! — dort sitzt kein einziger Sozialdemokrat — schloß die Versammlung ebenso stimmungsvoll wie sie begann: aus einer Ecke erscholl Trompetengeschmetter, aus dem sich die „Internationale" herausschälte, von wenigen Kundigen mitgesungen. Mit ihnen verließ eine große Schar Neugieriger und Enttäuschter den Saal: Schade um den Abend.

Thiel und Lewe.

In der Wirtschaftsgemeinsaft 1924 sind die Wirtschaftsfriedlichen und Aufbauer glücklich vereinigt. Der Großkapitalist sitzt neben dem Gelben, der Kaufmann neben Pastor, der Chauvinist neben dem Gastwirt. Die Ideengemeinschaft und Seelenharmonie alter Zeit ist wiedergekehrt, und wenn sich die Geister erst an den Geruch gewöhnt haben, dann guckt das goldene Zeitalter durchs Türloch herein und Wonne herrscht allüberall.

Am glücklichsten ist wohl der Bund der Angestellten, dessen Sekretär jetzt in der bevorzugten Reihe des Großindustriellen Heinrich Thiel sitzt. **Scharfmacher und Arbeiter Arm in Arm,** das war seit je die Sehnsucht der Allgewaltigen vom Schlage Thiels — und der trutzigen Hopfenkopf ziemlich gelb orientierter „Gewerkschafter". Schade, daß Worte allein die Freundschaft nicht ewig besiegeln. Sie helfen aber über den Alltagsschwindel hinweg und machen wonnetrunken. Im nüchternen Zustand sieht diese Verbrüderung von Unternehmern und Arbeitern doch etwas anders aus. Wenn sich die Mitglieder des Bundes der Angestellten etwas der Vergangenheit erinnern wollten, dann müßten sie doch ob der sonderbaern Wandlung ihrer Vertreter etwas stutzig werden. Um der Vergeßlichkeit etwas auf die Finger zu tupfen, drucken wir einen Abschnitt aus der Lübecker Angestellten-Rundschau des Bundes ab, der sich so ansieht:

> **Es ist ein frevelhaftes Spiel mit dem Feuer, das die Arbeitgeber treiben. Tausende von Angestellten werden am 1. Januar auf die Straße gesetzt, aber nicht etwa aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Nein, es handelt sich lediglich um**
>
> **machtpolitische Ausflüsse. Die Arbeitgeberorganisationen glauben die Zeit gekommen, wo sie alle bisherigen tariflichen und sozialen Rücksichten beiseite schieben können, um die Zustände der Vorkriegszeit wieder aufleben zu lassen.**
>
> **Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sollen nicht mehr auf dem Wege der Vereinbarung mit den Gewerkschaften sondern durch einseitiges Diktat der Arbeitgeber festgesetzt werden. Das zeigt nicht allein das planmäßige Vorgehen der Arbeitgeber auf Veranlassung ihrer Organisationen in allen Gewerbezweigen des besetzten und unbesetzten Gebietes, sondern auch das Verlangen des Verwaltungsrates der Rentenbank betreffs Befreiung von den Tarifverträgen und Aufhebung des Achtstundentages. Ja, auch vor einem Eingriff in verfassungsmäßig gewährleistete Grundrechte und in bestehende Gesetze scheut man nicht zurück.**

Hein, Hein, wie hast du dich verändert! Als wir diese Zeilen im Dezember im Volksboten abdruckten, da kam die Rundschau und sprach uns gewerkschaftliches Verständnis ab, denn auch „ein Volksparteiler könne Arbeitnehmerbelange vertreten". Ganz gewiß kann er das. Wie, das beweist die Eintracht des Vertreters des Gewerkschaftsbundes der Angestellten mit dem Scharfmacher Thiel, der eben dabei ist, die Geschichte praktisch zu dreschseln. Der **machtpolitische Ausfluß der Unternehmer drückt die vielen einheimischen Arbeitskräfte rücksichtslos an die Wand** und sucht im noch verhungerteren Erzgebirge billige und willige Arbeitskräfte für 33 Pfg. Stundenlohn, mit denen er die bisherigen **„tariflichen und sozialen Rücksichten" beiseite schiebt, um die Zustände der Vorkriegszeit wieder aufleben zu lassen",** indem er diesen von auswärts hergelotsten Arbeiter den **Neun-Stunden-Tag diktiert.**

„Für Sie mag ja der Acht-Stunden-Tag bestehen, **wir haben in unserem Betriebe eben den Neun-Stunden-Tag eingeführt."** So sagt der Chef des Hauses höhnisch den Arbeitern, die bisher schufteten und nun nicht nur mit Hungerlöhnen abgespeist werden, sondern auch in Idealkonkurrenz mit noch abhängigeren Proletariern treten sollen. Das nennt man dann in der Sprache der schlauen Kapitalisten Wirtschaftsgemeinschaft. Und sich gewerkschaftlich organisiert Schimpfende setzen sich auf die Bank mit den Industriellen und sonnen sich in deren Lichte. Man weiß nicht, was mehr bewundert werden soll — die Schlauheit dieser sogenannten Gewerkschaftsvertreter oder die „Herablassung" der Schwerkapitalisten. Nur eines ist gewiß: daß die Arbeiter und Angestellten, die sich mit diesem Kuhhandel einverstanden erklären, die Geblaßmeierten sind.

Volkshochschule. Im 2. Unterrichtsabschnitt, der vom Januar bis Ende März dauert, konnten folgende Lehrgänge eingerichtet werden: Storm u. Kröger, zwei Dichter der Nordmark (Schermer); Ibsen, Björnson u. Nietzsche in ihrem Verhältnis zum Christentum (P. Balcke); Was ist Marxismus (Dr. Leber); Volkswirtschaftlehre (Braun); Handelsrecht (Oppermann); Die chemische Industrie (Dr. Möbusz); Die moderne Musik (Prof. Stahl); Führende Meister der modernen Kunst (Prof. v. Lütjendorff); Führungen durch die Kunstdenkmäler Lübecks (Warncke); Der Kursus über Büchereikunde (Dr. Pieth) wird erst Mitte Februar fortgesetzt werden. Daneben bestehen, für alle Hörer der Volkshochschule unentgeltlich zugängig, die Vorleseabende der Oeffentlichen Lesehalle. Wegen zu geringer Teilnehmerzahl mußten folgende Lehrgänge ausfallen: Plattdeutsche Dichtungen, Genossenschaftswesen, Physik, heimatkundliche Wanderungen. Die auf diese Lehrgänge eingetragenen Hörer können in der kommenden Woche entweder ihre Gebühren zurückfordern oder sich auf andere Lehrgänge überschreiben lassen. Für die laufenden Lehrgänge können noch weitere Anmeldungen (2,50 Mk. für jeden Kursus) angenommen werden.

Das Wetter der Woche. (Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.) (Nachdruck verboten.) Mölln, 24. Janr. 27. Januar: Meist trübe, im Binnenlande zeitweise leichter Frost, Küstengebiet Tauwetter, auffrischende südliche Winde. Vorwiegend trocken. Vereinzelte Schneefälle. 28. Januar: Milder, wolkig bis bedeckt, lebhafte SW.- bis W.-Winde, im W. und N. zeitweise Tauwetter, im übrigen leichter Frost, verbreitete Schnee- bezw. Regenfälle. 29. Januar: Wenig Aenderung bei erhöhter Temperatur. 30. Januar: Kälter, starkwolkig mit späterer Aufheiterung, mäßige NW.- bis N.-Winde. Zeitweise Schneefälle und Frost, namentlich im Binnenlande. 31. Januar: Abnehmend bewölkt, teilweise heiter, schwache NO.- bis Ost-Winde; trockenes Frostwetter mit stark sinkender Temperatur. 1. Februar: Kälter, vielfach heiteres, trockenes Frostwetter, lebhafte östliche Winde. 2. Februar: Nach kalter Nacht tags milder, meist trübe, stark auffrischende Winde, abnehmender Frost, verbreitete ergiebige Schneefälle, besonders im SW.—SO.

Der Aerztliche Verein schreibt uns: Der Bericht über die Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse am 17. Januar 1924 beschäftigte sich mit der Frage der ärztlichen Gebühren während des vertragslosen Zustandes, und teilt eine Erklärung eines ärztlichen Ausschußmitgliedes mit, „es läge ein Beschluß der Aerzteschaft vor, nur die einfachen Sätze der preußischen Gebührenordnung zu erheben." — Diese Darstellung ist ungenau und bedarf, um Mißverständnissen vorzubeugen, der Richtigstellung. Die den Aerzten gegebene Vorschrift lautet: „Bezahlung unter Goldmarkberechnung nach der preuß. Geb.-Ord. nicht unter der Friedensgebühr von einer Mark". Es handelt sich also lediglich um Feststellung der Mindestgebühr, unter die nicht herabgegangen werden darf. Bei Kranken, die sich in besonders ungünstiger Lage befinden und diesen Betrag nicht bezahlen können, wird unentgeltliche Behandlung anheimgestellt. Andererseits bleibt es aber den einzelnen Aerzten überlassen, mit zahlungsfähigen Kranken, auch wenn sie Kassenmitglieder sind, ein über die Mindestsätze hinausgehendes Honorar zu vereinbaren.

Wenn dies eine Korrektur der Aeußerungen des Herrn Dr. Rudolphi sein soll, so mag es stimmen. Unser Bericht konnte nur das wiedergeben, was dieser Herr in der Ausschußsitzung ausführte.

Aus dem Polizeibericht. Festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Obernwohlde, das wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde, und ein Seemann, der im Verdacht steht, einer in der Kanalstraße wohnhaften Ehefrau eine Brieftasche mit einem nicht unerheblichen Geldbetrag gestohlen zu haben. — Einem an der Wakenitzstraße wohnhaften Schneider ist ein blaugestrichener Handkleidwagen gestohlen worden. Von dem Geschäftswagen einer hiesigen Lebenmittelhandlung ist ein Karton mit 30 Pfund Margarine gestohlen worden. — In der Nacht zum 23. ds. Mts. drangen Diebe in den Keller eines Hauses in der Schwartauer Allee und stahlen dort zwei Herrenfahrräder. Außerdem fielen den Dieben fünf Flaschen Sekt und zwei Herrennormalhemden in die Hände.

Ueber die Firma Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt, weil sie versucht, von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen, trotzdem genug hiesige Erwerbslose vorhanden sind.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Explosion auf der Uberlandzentrale.

Auf der Ueberlandzentrale explodierte Donnerstag nachmittag 3,40 Uhr ein in der Nähe des Wasch- und Ankleideraumes eingemauerter Vorwärmekessel mit so furchtbarer Gewalt, daß drei starke Grundmauern durchschlagen und die Fenster herausgerissen wurden. Dabei wurde der Arbeiter Klüver, Gröpelgrube wohnhaft, der als Erwerbsloser aushilfsweise beschäftigt war, getötet, während der Betriebsbuchhalter Lenin schwer verletzt in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Außerdem wurde der Arbeiter Kreuzfeld aus Selmsdorf durch Verbrühungen am Oberkörper und im Gesicht erheblich verletzt. Wie der Unglücksfall geschehen konnte, steht noch nicht fest. Größere Opfer hätte das Unglück gefordert, wenn die Explosion sich beim Schichtwechsel ereignet hätte, wo eine größere Anzahl Arbeiter in den Räumen gewesen wären.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Sonnabend: „Die Fledermaus" mit Max Hermann als Eisenstein. Sonntagvormittag 11 Uhr findet ein einmaliges Gastspiel der Deutschen Bühne in Hamburg mit „Aischylos Prometheus" (Laban) statt. Sonntagabend „Die schöne Helena".

Hansa-Theater. Die Erwartungen, die an die Erstaufführung der Operette „Die Bachusnacht" mit Ludwig Ziegler und Gertrud Seewald-Schultze als Gäste gestellt sind, haben sich voll und ganz erfüllt. Sonntag nachmittag 3 Uhr wird zum unwiderruflich letzten Male für die Kinder „Hänsel und Gretel" zu ganz kleinen Preisen (1.00 Mk. bis 0.20 Mk.), die auch für Erwachsene gelten, gegeben.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Kinder ohne Heim. Zu dem vom Arbeiterrat Groß-Hamburg in die Wege geleiteten Hilfswerk für Kinder schreibt Oberbaurat Dr. Brandt von der Behörde für Wohnungspflege: Es ist immer noch viel zu wenig bekannt, daß nicht nur die Kleinwohnungen stark überfüllt sind, sondern daß es auch in den bedürftigen Familien in erschreckender Weise an der nötigen Ausstattung fehlt. Betten, Bettwäsche, Reinigungs- und Feuerungsmaterial sind in ganz unzureichendem Umfang oder gar nicht vorhanden. Oft müssen zwei oder drei, manchmal sogar vier Kinder in einem Bett zusammenschlafen oder das Bett mit Erwachsenen oder Kranken teilen. In den Betten befinden sich statt Bettwäsche und Bettzeug oft Lumpen oder zusammengeballtes Papier, die natürlich gar nicht rein gehalten werden können. Es sind auch Fälle festgestellt, wo überhaupt keine Betten vorhanden waren, sondern die Kinder auf dem Fußboden schlafen mußten. Welche nachteiligen Folgen hieraus entstehen können, leuchte ohne weiteres ein. Vielfach wird auch die Leibwäsche nicht mehr gewaschen, da es an Waschmitteln und Heizmaterial fehlt und die Wäschestücke so verbraucht sind, daß sie keine Wäsche mehr aushalten. Bei dem Mangel an Reinigungsmaterial können die Wohnungen selbst bei den besten Absichten der Hausfrau nicht mehr genügend rein gehalten werden. Die Folge ist, daß eine Ungezieferplage in einem früher nie gekannten Umfange herrscht. Eine ausreichende Körperreinigung ist auch vielfach aus dem Grunde nicht möglich, weil die Wohnräume gar nicht geheizt werden können. Das geringe vorhandene Feuerungsmaterial reicht kaum zum Essenkochen. — So weit hat der Krieg und der Profithunger des Kapitals das enterbte Volk gebracht. Zerlumpt bis aufs Hemd, verhungert und zermürbt, ausgesogen bis auf den letzten Heller — das ist das Stahlbad des Krieges, den neu zu entfachen die kapitalistische und monarchistische Sippe am Werke ist.

Hamburg. Eisbruch auf der Elbe. In der Nacht vom 27. zum 28. Dezember war das Eis auf der Elbe oberhalb der Wedeler Brücken zum Stehen gekommen. Seitdem konnte — was seit einer Reihe von Jahren nicht mehr erlebt worden ist — der Strom auf der ganzen Strecke bis nach Lauenburg und weiter hinauf überschritten werden. Für die Stromschiffahrt bedeutete das völligen Stillstand. Mehrere Wochen hat der Verkehr geruht.

Flugblattverbreitung

Sonntag vormittag

an den bekannten Stellen.

Aber sobald mildere Witterung eintrat, wurde der Versuch unternommen, eine Fahrrinne auszubrechen. Eisbrecher waren schon vorige Woche von Hamburg aus tätig. Als sie in die Gegend von Vierlanden kamen, mußten sie das Werk aufgeben, da Gefahr bestand, daß sie bei dem erneut scharf einsetzenden Frost mitten im Strom einfrieren würden. Wieder stand das Eis und trotzte in kalter Pracht den Strahlen der Wintersonne. Kilometerweit glich der in mächtigen Schollen gefrorene Elbstrom mit seinem eisbedeckten Vorland einer Polarlandschaft. Die Elbe trug nun ganze Batterien von Milchkannen, die mit Schlitten von einem Ufer an andere befördert wurden. Denn bequemer und billiger konnten es ja die Milchbauern der Dörfer an der Oberelbe gar nicht bekommen. Freilich blieben auch sie nicht von jeder Schröpfung verschont. Wo der Fährmann, der sonst das Fährboot durch die Elbe steuert, sich durch das Eis um seinen Verdienst geschmälert sah, schlug er flugs mit der Hacke einen Weg durch die übereinander geschobenen Schollen und erhob Wegzoll von jedem, der diese Bahn benutzen wollte. So sah es also während der vergangenen vier Wochen an der Oberelbe aus. Aber gegen Ende der vorigen Woche schnob wieder einmal Tauwind vom Mittag her. Und nachts fiel warmer Regen. Das hätte dem Eis noch nicht viel ausgemacht. Es wurde nur etwas mürbe, machte aber keine Anstalt, selbst von der Stelle zu rücken. Da gingen die Eisbrecher nochmals zum Angriff vor, und diesmal gelang der Durchbruch. In breiter Front, mit dem Flaggschiff „Elbe" an der Spitze, stieß die aus fünf tapferen Dampfern bestehende Eisbrecherflotte vor. Bald rannte „Eisbär" mit wildem Schnauben gegen die Eismauer an, biß ein tüchtiges Stück heraus und ging wieder zurück, um von neuem Dampf zu holen, unterdessen stieß „Seelöwe" an anderer Stelle das Eis kurz und klein. Und die beiden kleineren Kameraden kamen hinterdrein, fuhren kreuz und quer über den Strom und hielten die gelösten Schollen in Flucht, daß sie knirschend und krachend abwärtsschwommen — ins freie, weite Meer hinaus. An allen Orten, wo in diesen Tagen die Hamburger Eisbrecher vorüberkommen — am Dienstag waren sie schon über das Hamburger Gebiet bei Geesthacht hinaus und heute kämpfen sie wohl bei Lauenburg —, da eilte jung und alt an den Deich, um das seltene Schauspiel mit anzusehen. Wer seinen Wagemut (oder auch seinen Leichtsinn) zeigen wollte, ging rasch noch einmal über das Eis, ehe es unter dem Stoß des Eisbrechers, der den Kiel seines Vorderschiffes bis aufs Eis hinauftreibt, zertrümmert wurde. Doch sind Unfälle, soweit uns bekannt glücklicherweise nicht vorgekommen.

Bremen. Der bürgerliche Senat hilft dem Unternehmertum. Eine schier unglaubliche Entscheidung hat die oberste Landesbehörde gefällt. Dem Einspruch der Norddeutschen Hütte gegen den Entscheid des Gewerbeaufsichtsamtes ist stattgegeben worden. Der Achtstundentag, das Dreischichtensystem auf diesem Betrieb, wurde durch die Landesregierung aufgehoben. Die Hütte forderte durch große Inserate in der bürgerlichen Presse Arbeitswillige an. Die Gewerkschaften stehen überhaupt nicht im Lexikon des Senats. Am letzten Sonnabend wurden nämlich die beiden Parteien vom Polizeisenator über ihren Standpunkt gehört und dabei dem Arbeiterrat der Hütte auf Anfrage mitgeteilt, daß der Herr Senator nicht mit den Gewerkschaften zu verhandeln gedenke. Mindestens 150, wenn nicht 200 Mann der früheren Belegschaft bleiben Opfer des Entscheids, werden für lange Zeit arbeitslos. Macht nichts! Männer, Frauen, Kinder leiden darunter, gehen vielleicht daran zugrunde! Rührt den Senat nicht, wenn nur die Norddeutsche Hütte „rentabel" gehaltet wird. Rentabel, das heißt, daß 200 Arbeiter weniger soviel schaffen sollen, wie bisher 1000; rentabel, das heißt, daß 800 Menschen tagaus, tagein 14 Stunden täglich unterwegs sein müssen, um nicht einmal soviel zu verdienen, daß sie und ihre Angehörigen davon leben können. Rentabel, das heißt: Der Profit muß in der alten Höhe erhalten bleiben! Dem Arbeiter die Mehrarbeit, dem Unternehmer den größeren Profit. So macht man die Betriebe rentabel!

Rüstringen. Zwei Pfennig Wochenverdienst. Die „Republik" schreibt: „Vor uns liegt ein Lohnzettel der Deutschen Werke A.-G., Werk Rüstringen, der einen Wochenverdienst eines Lehrlings im zweiten Lehrjahre in sich barg. Der Lehrling bekommt einen Stundenlohn von 2 Pfg. In der betreffenden Woche hat er infolge der Kurzarbeit nur 8 Stunden gearbeitet, demnach also 16 Pfg. verdient. Von dem Gesamtverdienst von 16 Pfg. gingen ab: Krankenkassenbeitrag 4 Pfg., Invalidenversicherung 9 Pfg., Erwerbslosenfürsorge 1 Pfg., also insgesamt 14 Pfg., so daß noch ein Rest von 2 Pfg. verblieb, den er in einem sorgfältig verschlossenen Lohnbeutel, auf dessen Außenseite die Abrechnung steht, ausgezahlt bekam. Acht Stunden wöchentlich ist ja eine nur geringe Arbeitszeit, auch nur eine Ausnahme der jetzigen Zeit. Aber selbst wenn er voll gearbeitet, hätte sein Lohn 96 Pfg. bezw. 32 Pfg. betragen. — So treibt man „Aufbau" und Raubau zugleich.

Gewerkschaften.

Eine Paarung zwischen Kaninchen und Karpfen. Der Vorwärts schreibt: Im November unterlagen die Buchdrucker in ihrem Lohnkampfe. Wie stets nach solchen Kämpfen, tauchten auch bei dieser Gelegenheit die bekannten Aasgeier auf, um nach Beute auszuspähen. Es bildete sich sofort eine gelbe „Organisation", die sich hochtönend „Berufsverband nationaler Buchdrucker" nannte und unter dem Protektorat des sattsam bekannten gelben Reichstagsabgeordneten Geißler stand. Natürlich fanden sich auch einige Berufsgenossen, die entweder am Kampfe sich nicht beteiligt hatten und deshalb ihren Ausschluß aus der Organisation befürchteten, oder aus Feigheit abtrünnig wurden. Unter kräftiger finanzieller Unterstützung des Unternehmertums gründete man als Krönung des „Gebäudes" auch einen gelben Arbeitsnachweis, der den Berliner Buchdruckereibesitzern seine „äußerst tüchtigen" Kräfte anbot. Da in Berlin rund 5600 Buchdrucker arbeitslos sind, ist es verständlich, daß sich einige Gehilfen fanden, die sich gegen Zahlung von 20 Pfg. Einschreibegeld eintragen ließen, um die versprochene „feste Stellung" zu erhalten. Natürlich hat die Organisation alles getan, um auf gesetzlichem Wege und mit allen Mitteln diesen ungesetzlichen Arbeitsnachweis zu unterbinden. Das Kurioseste bei der ganzen Sache aber ist die Zusammensetzung der leitenden Personen dieses „Nachweises" sowie die politische Einstellung derselben und der Propagandisten für diese gelbe nationale „Organisation". Die Leute waren bis zur Vorwoche die schärfsten Gegner der Buchdruckerorganisation und ihrer „reformistischen" Gauleitung, der man Schlappheit den Unternehmern gegenüber und geradezu Arbeiterverrat vorwarf. Man spielte sich als Radikalinskis auf, verlangte Ablehnung aller Lohnabkommen; renommierte ständig mit seiner kommunistischen Parteimitgliedschaft, berief sich stets auf die guten Beziehungen zur Betriebsrätezentrale in der Münzstraße, putschte ständig die Arbeitslosen gegen den Gauvorstand auf und beorderte sie nach den Tribünen der Generalversammlungen, um dort die beiden Lohnverhandlungen tätigen Kollegen und „reformistischen" Redner niederbrüllen zu lassen. Und noch am 2. Januar pöbelte der jetzige „Hauptkassierer" des nationalen Bundes, Fr. Baarß, in der Generalversammlung den Gauvorstand an, weil er nichts gegen den gelben Nachweis getan hatte (weil unbekannt und eigentlich noch nicht existierte), bei dem jedoch vier Tage später derselbe Herr Baarß als eifrigster Agitator und wohlbestallter Angestellter auftauchte! Eine nette Paarung, die „kommunistischen" Agitatoren und die „nationalen" Vasallen des gelben Herrn Geißler! Sie sind einander wert, und die Arbeiterschaft wird an diesem Beispiel erkennen, welchen Wert die Oppositionsreden so mancher radikalen Wortsenhelden haben und was aus ihnen wird, wenn das von ihnen so „scharf bekämpfte" Kapital ihnen einen Platz an der Futterkrippe anbietet — Verräter an ihren Klassengenossen!

Der Reichsverkehrsminister gegen den Achtstundentag. Die Arbeitszeit der Eisenbahner ist, soweit die Arbeiter in Frage kommen, durch Reichslohntarifvertrag und soweit das Personal des Betriebs- und Verkehrsdienstes in Betracht kommt, durch die seinerzeit mit den Spitzenorganisationen vereinbarten vorläufigen Dienstdauervorschriften vom 5. August 1922 geregelt. Durch die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 und dem Kabinettsbeschluß über die Dienstzeit der Reichsbahnbeamten vom 14. Dezember 1923 hat sich die Rechtslage für das Personal außerordentlich verschlechtert. Die Eisenbahner stehen unter Ausnahmerecht und kämpfen deshalb unter erschwerten Bedingungen um die Aufrechterhaltung des Achtstundentages.

Das Reichsverkehrsministerium hat mit Schreiben vom 5. Januar die tarifvertraglichen Bestimmungen über die Arbeitszeit

Erziehung zum Sozialismus.

Alle in den letzten fünf Jahren gepflogenen Diskussionen über die geringen Auswirkungen des Sozialismus in der deutschen Republik mußten an einem Mangel am Mut zur Wahrheit scheitern. Das Urproblem der Verwirklichung des Sozialismus liegt viel tiefer als die Frage nach der Erringung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Macht.

Erste Vorbedingung zur Durchführung des Sozialismus sind — es klingt so einfach und selbstverständlich — sozialistische Menschen. Ihre Zahl ist heute in unserem Volke, in der ganzen Menschheit, noch gering. Auch die achtunggebietende Zahl der sozialistisch organisierten Massen darf darüber nicht hinwegtäuschen. Der Kampf gegen den Kapitalismus in des Wortes weitester Bedeutung kann so lange nicht zum Sozialismus führen, wie die Kampfmethoden und Kampfziele aus gleichartiger geistiger Verfassung entspringen. Diese Feststellung mag bitter und schmerzlich sein, aber diese Selbsterkenntnis ist oberstes Gesetz für jeden wahren Sozialisten. Sozialismus bedeutet — neben vielen anderen — unbedingte Aufrichtigkeit, auch gegen sich selbst.

Sozialismus ist — im tiefsten Grunde — eine Frage der Gesinnung, des Ethos, Menschen mit sozialistischer Gesinnung sind es, die ein Zeitalter braucht, in dem der Entscheidungskampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus ausgefochten werden soll.

Solche Menschen — nicht nur vereinzelt, sondern in Massen — zu gewinnen, ist aber in erster und letzter Linie Aufgabe der Erziehung. Braucht es noch eines schlagenderen Beweises, um die außerordentliche Wichtigkeit sozialistischer Bildungs- und Erziehungsarbeit darzutun? Ist nicht die reife Frucht der Novemberrevolution im wesentlichen darum verfault, weil die sozialistischen Massen geistig ihrer Aufgabe, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, noch nicht gewachsen waren?

Erster Bildungs- und Erziehungsfaktor des jungen Menschen ist die Schule. Die Bedeutung einer entschiedenen Schulreform beginnt allmählich weiten Kreises unseres Volkes aufzudämmern. Die Schule der wilhelminischen Monarchie war niemals ein Institut freier wissenschaftlicher Bildung und Forschung, sondern eine trefflich funktionierende Schablone zur Erziehung zu getreuen Untertanenbewußtsein, militaristischem Kraftmeiertum und nationalistischer Selbstgerechtigkeit. Die geistige Verfassung der Volksgesamtheit — hüben wie drüben — während des Weltkrieges ist im wesentlichen auf die Schule zurückzuführen. Einer Wiederholung dieses Kriegstaumels vorzubeugen, ist der Sinn jener Bestimmung in der neuen deutschen republikanischen Reichsverfassung, daß der Unterricht im Geiste der Völkerverständigung zu erteilen sei. Einstweilen steht leider dieser Verfassungsparagraph größtenteils nur auf dem Papier. Aber in Erkenntnis seiner Bedeutung sollte gerade die sozialistische Lehrer- und vor allen Dingen Elternschaft den Bestrebungen und der gesetzlichen Durchführung einer entschiedenen Schulreform ein viel eifrigeres Augenmerk zuwenden als bisher!

Mit der Schule allein ist's freilich noch nicht getan. Sie bildet nur das Fundament für den Aufbau einer Erziehung zum Sozialismus. In den Dienst dieser Erziehung müssen alle öffentlichen Bildungsmittel gestellt werden. Ihr wichtigstes, weil unmittelbarstes und universellstes, ist die Presse. Auch an Würdigung der großen Bildungs- und Kulturaufgabe der Presse fehlt heute gerade den sozialistisch organisierten Massen noch viel. Alle Bemühungen der Schriftleitungen, den belehrenden und unterhaltenden Teil ihrer Blätter wertvoll zu gestalten, müssen unfruchtbar bleiben, wenn die Anteilnahme der Leserschaft gerade am Bildungswerke ihrer Presse fehlt. Und über die Presse hinaus bleiben die Bildungsmöglichkeiten schier unerschöpflich und stehen dabei sehr leicht zur Verfügung. Hier gilt es, Büchereien, Vorträge, Ausstellungen, Museen dem sozialistischen Erziehungsideal dienstbar zu machen, nicht zum wenigsten auch das Theater. Wo Arbeiterbildungsausschüsse bestehen, wird die Einrichtung von Theaterkonsumenten-Organisationen für verbilligte Volksvorstellungen, etwa in der Art der Volksbühnenvereine, zu ihren dankbarsten Aufgaben gehören, und die Pflege der Liebe zur Musik sollte überall idealster Zweck eines gut geleiteten Arbeiter-Gesangvereins sein. Es gilt ja kein geringeres Ziel als die Verdrängung einer nationalistisch orientierten Lebensführung, wie sie kapitalistischer Denkweise entspricht, durch idealistische Willens- und Charakterbildung.

Auch die Erziehung zum Sozialismus ist, wie seine Durchführung, eine Frage der Organisation. Von der Zweckmäßigkeit dieser Organisation wird die Gewinnung der sozialistischen Menschen abhängen, die die Träger eines neuen Menschenbewußtseins sein werden. Ob dies Ziel erreicht werden wird, hängt davon ab, wie tief die Herzen der Massen erfüllt sein werden vom Willen zum Sozialismus.

W. B.

Das Heiratsgesuch des Sonderlings. Eine ganz einzigartige Blüte auf dem bunten Beete der Heiratsgesuche stellt eine Annonce des Freiherrn v. Hallberg-Broich dar, der unter dem Namen des Eremiten v. Gauling als kurioser Sonderling seinerzeit in weiten Kreisen bekannt war und sich auch in sehr barocker Weise als Schriftsteller betätigt. In den Freiheitskriegen organisierte er im Auftrag des Freiherrn vom Stein den Landsturm zwischen Rhein und Maas und stellte sich als „Feldoberfsthauptmann" an die Spitze von 30 000 Mann, die er nach Frankreich führte. Nach dem Tode seiner ersten Gattin beschloß er als Siebzigjähriger, noch einmal zu heiraten, und erließ zu diesem Zweck im „Münchener Eilboten" ein langes Inserat, in dem es u. a. heißt: „Ich bin nach dem Kalender zwar über 70 Jahre alt, nach meinem Wohlbefinden aber erst 25. Diejenige, welche ich heiraten will, muß 16 bis 20 Jahre alt sein, schöne Haare, schöne Zähne und schöne kleine Füße haben; sie muß von ehrlichen braven Eltern abstammen und ihr Ruf ohne allen Makel sein. Sie muß sich sehr schön und einfach in Seide oder Samt kleiden, aber durchaus in keine andern Stoffe, auch darf sie keine Ohrgehänge, Ketten, Ringe oder dergleichen Unsinn tragen, auch keine Pantoffeln, Hauben, Bänder falsche Haare oder dergleichen, und nie ihre Kleider nach der bestehenden Mode machen lassen, da es nichts Dümmeres geben kann, als dem Kuhgang andrer Menschen zu folgen. Sie darf nie stricken, weil dieses Fingerspiel eine Maske gegen die Dummheit ist. Sie darf nur Musik machen, wenn sie es zur Virtuosität gebracht hat, da es unangenehm ist, das einfältige Geklimper anzuhören, womit die Alltäglichkeit in so vielen Häusern die Besucher langweilt. Sie ist im Haus und über alle Dienstboten unbeschränkte Herrin, sowie ich selbst daran Vergnügen finden werde, mich nach ihrer vernünftigen Laune zu richten. Sie muß mich überall auf Reisen und wo ich hingehe, begleiten, weil es nach meinem Gefühl eine Schande für die Männer ist, den Tag und den ganzen Abend umherzulaufen und in Wirtshäusern zu schwelgen, indes die Frau allein zu Hause der Langweile überlassen bleibt. Alles, was oben mit dem Wort „muß" gesagt werden, ist nicht Untertänigkeit, sondern Kontrakt, Uebereinkunft, und ganz allein zu ihrem höchsten Vorteil. Wenn sie Vermögen besitzt, so will ich es nicht angeheiratet haben, sie kann damit machen, was sie will, sowie mit den Zinsen ihrer Morgengabe; es dürfen die Zinsen nur nicht nach den Grundsätzen des Geizigen kapitalisiert werden, weil es nichts Dümmeres in der Welt geben kann, als für andre zu sparen. Die Freuden des Lebens in ewiger froher Laune zu genießen, ist mir Grundsatz und Lebensweisheit." Der Mann hatte mit diesem kuriosen Heiratsgesuch auch Erfolg, die neue Ehe gestaltete sich indessen so unglücklich, daß sie schon nach kurzer Zeit wieder gelöst wurde. Der Freiherr erreichte noch ein Alter von 94 Jahren und starb am 17. April 1862 auf seinem Schlosse Hermannsdorf bei Landshut.

Der Sport und die Naturvölker. Für die Leistungssteigerung kommen beim Sportsmann neben natürlicher Veranlagung, entsprechendem Körperbau und planmäßigem Ueben im allgemeinen die Vergleiche mit besseren Sportsleuten des eigenen Gebiets in Frage. Oft genug wirken aber auch die Nachrichten von scheinbar gewöhnlichen Leistungen bei Naturvölkern anstachelnd. Wenn nach Gasch Frauen der mexikanischen Seriindianer mit dem Wasserkrug auf dem Kopf und dem Kind auf dem Rücken in einer Nacht 48 bis 73 Kilometer zurücklegen, wenn die Tarahumaraindianer Nordamerikas 270 Kilometer ohne größere Pause laufen, oder wenn sie in fünf Tagen einen gebirgigen Weg von 960 Kilometer hinter sich bringen, wenn Lappenstiläufer zu 220 Kilometer im Wettlauf nur 21½ Stunden brauchen, wenn die Watusi in Ruanda (ehem. Deutschostafrika) bis 2,30 Meter hoch springen, wenn der Teutonenfeldherr Teutobod über 4 bis 6 nebeneinanderstehende Pferde hinweggesprungen ist — so erstaunen wir über die im Vergleich geradezu dürftigen Höchstleistungen des heutigen Kulturmenschen. Allerdings kennen die Naturvölker den eigentlichen Sportbegriff nicht, aber sie haben sich solche körperliche Fähigkeiten erhalten und durch sorgfältige Uebungen so entwickelt, daß sie unsere besten Sportmenschen weit übertreffen. Es wäre deshalb nicht bloß vom Sportstandpunkt aus, sondern auch für die Kenntnis des Menschen überhaupt von Belang, wenn einmal eine eingehende Untersuchung darüber angestellt würde.

gekündigt und unter Berufung auf den Kabinettsbeschluß über die Arbeitszeit der Beamten den Eisenbahnerorganisationen Vorschläge für die Aenderung der Dienstdauervorschriften zugehen lassen. Die vorgeschlagenen Aenderungen sind im wesentlichen folgende: Die planmäßige Arbeitszeit des Betriebs- und Verkehrspersonals soll in Zukunft im Durchschnitt a) bei „ununterbrochener besonders anstrengender Beschäftigung" 8 Stunden täglich, 48 Stunden wöchentlich und 208 Stunden monatlich nicht überschreiten; b) „im übrigen soll die Arbeitszeit 10 Stunden an einem Arbeitstag", 60 Stunden in der Woche und 260 Stunden im Monat nicht überschreiten. Die Höchstdauer der Dienstpflicht soll von 15 auf 16 Stunden am Tage erhöht werden. Planmäßige Mindestleistungen sollen durch planmäßige Mehrleistungen innerhalb des Kalenderjahres ausgeglichen werden. Die Mindestruhezeiten von 8 oder 10 Stunden sollen beim Zugpersonal bis auf 5, beim übrigen Personal bis auf 6 Stunden gekürzt werden. Außerdem soll die planmäßige Fahrzeit auf der Lokomotive von 8 auf 9 Stunden und unter bestimmten Voraussetzungen über 9 Stunden ohne Festlegung der Höchstgrenze ausgedehnt werden. Die Mitwirkung der Betriebsvertretungen soll eine wesentliche Verschlechterung erfahren.

Bei den Verhandlungen am 7. Januar über die Dienstvorschriften erklärten die Vertreter der Gewerkschaften, daß sie unter keinen Umständen ihre Zustimmung zu einer verlängerten Arbeitszeit geben würden. Sie verlangten, daß die Verhandlungen ausgesetzt und zunächst über die gekündigten Bestimmungen des Tarifvertrages verhandelt werden müßte. Diese Forderung wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, daß das Ministerium der Auffassung sei, daß umgekehrt verfahren werden müsse. Es wurde außerdem betont, daß der Minister zu seinem lebhaften Bedauern gezwungen sei, auf die erhoffte und wiederholt erbetene Mitwirkung der Gewerkschaften zu verzichten. Er müsse die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung des Kabinettsbeschlusses von sich aus treffen.

Die Eisenbahnerorganisationen haben beschlossen, den Spitzenorganisationen über den Stand der Verhandlungen Bericht zu erstatten und es diesen zu überlassen, die aus der Sachlage gebotenen Folgerungen zu ziehen. Die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften wurden sodann vom Reichsverkehrsministerium zum 15. Januar zu Verhandlungen über die gekündigten Bestimmungen des Reichslohntarifvertrages eingeladen. Es wurde ihnen eine Vorlage unterbreitet, wonach die regelmäßige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen 10 Stunden an einem Tage oder 60 Stunden in der Woche nicht überschreiten darf.

Die Arbeitszeit der Arbeiter der Ausbesserungswerke, Haupt- und Nebenwerkstätten usw. soll auf 9 Stunden an einem Tage oder 54 Stunden in einer Woche erhöht werden. Die Arbeitszeit der Arbeiter der Bahnunterhaltung und der Holztränkungsanstalten soll ebenfalls 9 Stunden an einem Tage oder 54 Stunden in einer Woche betragen. Für die in der eigentlichen Bahnunterhaltung tätigen Arbeiter soll die Arbeitszeit zur wirtschaftlichen Ausnützung des Tageslichtes in den einzelnen Zeiten des Jahres verschieden bemessen werden können, so daß sich im Jahresdurchschnitt eine tägliche Arbeitszeit von 9 Stunden ergibt. Außerdem sollen den Pförtnern, Wächtern usw., bei denen bloße Arbeitsbereitschaft vorkomme (!), die Zeiten der Arbeitsbereitschaft nur bis zur Hälfte der Dauer auf die Arbeitszeit angerechnet werden. Die Dauer der Schicht darf jedoch nicht mehr als 12 Stunden an einem Tage oder 72 Stunden in der Woche betragen. Es wurde ferner mitgeteilt, daß nur für die Ausbesserungswerke, Haupt- und Nebenwerkstätten der Lohn nach Stunden bemessen werden soll, während für die übrigen Arbeiter Schichtlöhne eingeführt werden sollen, über deren Höhe nähere Mitteilungen noch nicht gemacht werden konnten.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat beschlossen, das Verhandlungsergebnis oder, falls ein solches, wie anzunehmen ist, nicht zustande kommt, das Diktat des Ministers den Verbandsmitgliedern zur Entscheidung vorzulegen. Die Eisenbahner werden zu entscheiden haben, ob sie den Achtstundentag durch Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels verteidigen oder ob sie sich vorläufig beugen und den Kampf um den Achtstundentag unter günstigeren Bedingungen aufnehmen wollen. Es ist zu erwarten, daß die Eisenbahner den Achtstundentag nicht kampflos preisgeben.

Vermischte Nachrichten.

Mordtat eines Irrsinnigen. Aus Düsseldorf wird gedrahtet: In St. Tönis hat ein dort beschäftigter Kutscher, der schon verschiedentlich im Irrenhause war, einer mit ihm auf derselben Stelle beschäftigten Haushalterin den Hals mit einem Küchenmesser durchschnitten. Der Tod trat sofort ein. Der Täter ist verhaftet worden.

Verurteilung eines Kindermörders. Die Strafkammer in Bernburg verurteilte den Landwirt Fischmann, der einen seiner beiden Söhne erschlagen und in die Saale geworfen hatte, zum Tode und seinen jüngsten Sohn wegen Beihilfe zu zwei Jahren Gefängnis.

Zum Konflikt zwischen Aerzten und Krankenkassen berichtet das WTB.: Die Aerzteschaft von Groß-Berlin beschloß, den Kampf gegen die Krankenkassen abzubrechen.

Mordchronik. Aus Schwabach wird berichtet: Der ledige Arbeiter Franz Künst aus Nürnberg wurde hier von einem aus Freising stammenden Hausierer durch Messerstiche tödlich verletzt. Beide hatten vorher miteinander gezecht. — In einer Sandgrube in der Stadtgrenze von Schwabach wurde die Leiche der Arbeiterin Obermeyer aus Nürnberg aufgefunden, deren Leib aufgeschnitten war. Die Obermeyer soll die Geliebte des erstochenen Künst gewesen und gleichfalls von dem Hausierer erstochen worden sei, dem sie 10 Rentenmark gestohlen haben soll.

Raubüberfall. In Berlin wurde der 64jährige Buchhändler Bruno Wirth in seinem Laden in der Kantstraße von dem ehemaligen russischen Offizier Boris Baskin überfallen und seiner Brieftasche mit 250 Dollar beraubt. Baskin, der von Wirth eine Zeitlang als Expedient beschäftigt war, erschien dann wieder in der Buchhandlung mit der Bitte, für ihn eine Fernsprechverbindung herzustellen. Er hat bei dieser Gelegenheit den Geschäftsinhaber niedergeschlagen. Der Ueberfallene war aber bald wieder zu sich gekommen. Baskin ist noch nicht ergriffen.

Drei Arbeiter durch Gasvergiftung getötet. Einer Meldung der „B.-Z." zufolge sind in der Abteilung für Schwefelkohlenstoff des Premnitzer Werkes der Köln-Rottweiler A.-G. in der Nähe von Rathenow durch das Ausströmen giftiger Gase eine Reihe von Arbeitern zu Schaden gekommen. Die Mehrzahl der Verunglückten konnte wieder ins Leben zurückgerufen werden; drei der Arbeiter sind gestorben.

Explosion eines Martinofens. Auf dem Bochumer Verein explodierte am Dienstag vormittag ein Martinofen; zwei Arbeiter wurden schwer, sieben leicht verletzt. Die Ursache wird in der jetzt wieder überhandnehmenden Antreiberei gesucht.

Auch ein Kampf um den Nordpol. Zu den Erklärungen des amerikanischen Marine-Staatssekretärs Denby, daß Amerika durch eine Expedition Amundsen zuvorkommen und das [illegible] Nordpolgebiet annektieren werde, wird jetzt aus Washington gemeldet, daß diesen Plänen Denbys sich unerwartete Schwierigkeiten entgegenstellen. Die Katastrophe des Luftschiffes „Dixmuiden" und die dramatische Sturmfahrt der „Shenandoah" haben die Absichten Denbys sehr ungünstig beeinflußt. Die Mannschaft der „Shenandoah" weigern sich, bis auf vier Mann, die Expedition mitzumachen. Eine große Anzahl von Parlamentsmitgliedern bekämpft das Unternehmen aufs schärfste, so daß nunmehr der Kongreß über das Schicksal der amerikanischen Expedition zu entscheiden haben wird.

Parteigenossen

Die Gegner der Sozialdemokratie haben sich geeinigt zum Kampf. Unerschöpfliche Geldquellen stehen diesem Mischmasch zur Verfügung. Der Wahlring und das Geld sollen dazu dienen, die proletarische Mehrheit in der Bürgerschaft zu brechen. Wir müssen diesem wohlorganisierten Ueberfall eine starke sozialdemokratische Kampffront gegenüberstellen. Aber auch die Munition darf bei diesem Kampf nicht ausgehen. Deshalb

Sammelt für den sozialdemokratischen Wahlfonds

Sammellisten sind im Sekretariat Johannisstr. 48 I erhältlich.

Zwei Streckenarbeiter totgefahren. Aus Wustermark wird gemeldet: Der Kölner D-Zug, der um 1¼ Uhr mittags Wustermark, von Rathenow kommend, passierte, überfuhr ungefähr 200 Meter hinter dem Bahnhof Wustermark zwei Streckenarbeiter, die mit dem Anschrauben von Laschen beschäftigt waren und das Herannahen des Zuges nicht bemerkt hatten. Beide wurden von dem Zuge erfaßt und auf der Stelle getötet. Der eine der Unglücklichen wurde noch 100 Meter von der Lokomotive mitgeschleift, bis es gelang, den Zug zum Stehen zu bringen. Die Ursache des Unglücks bedarf noch der Aufklärung.

Sieben Feuerwehrleute verbrannt. Wie aus Pittsburg gemeldet wird, sind bei einem plötzlich in den dortigen Petroleumtanks ausgebrochenen Brand sieben Feuerwehrleute ums Leben gekommen, die während des Rettungswerkes von der Leiter in einen brennenden Tank fielen.

„Lachen links" in Stettin beschlagnahmt. Die in der Buchhandlung des Stettiner Volks-Boten am Königsplatz ausgestellten Exemplare des republikanischen Witzblattes „Lachen links", Nr. 1, wurden von der Polizei beschlagnahmt und der Aushang derselben verboten, während der Verkauf im Laden nicht verboten wurde. Unseres Wissens dürfte der Fall im ganzen Reiche, wo das Blatt mit größtem Interesse gelesen wird, vereinzelt dastehen.

Theater und Musik.

Stadttheater.

„Tannhäuser" von Rich. Wagner. Der „Einzug der Gäste" aus verschiedenen Gegenden Deutschlands war am Mittwoch teils aus Anstellungsgründen, teils infolge von Erkrankungen notwendig. Herr Dietz vom leider abgebrannten Landestheater in Neustrelitz war als Wolfram der wohlgeübte Sänger mit großem schönen Organ, der ehedem in Lübeck lyrisch baritonisierte. Hanna v. Granfeldt kam aus Berlin, wo sie nach der Kunde des Theaterzettels an der Berliner Staatsoper wirkt. Wohl schon längere Zeit oder vor längerer Zeit. Täuscht die Erinnerung nicht, so war auch sie einst schon in Lübeck als Mitglied tätig. Ihre Elisabeth war zwar nicht mehr vom holden Reiz lieblichster Jugend umflossen, aber dafür entschädigte ihr ausdrucksvoller Gesang. In diesen edlen Kreis fügte sich auch Freiherr v. Stenglin aus Dessau angemessen ein, der den Landgrafen mit Engagementsabsichten verkörperte. Ein wohlklingender, ergiebiger Baß, dem in der tieferen Lage noch mehr Rundung zu wünschen wäre, sowie sein verständiges nur etwas konventionelles Spiel lassen ihn als geeignetes Mitglied unserer Oper erscheinen. Das sehr gut besuchte Haus bedachte die Gäste und die einheimischen Künstler mit reichem Beifall. []

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Der Pastor und die Straßenbahn.

Das Eingesandt des Herrn Pastors Ziesenitz im Lübecker General-Anzeiger vom 20. ds. scheint mir recht einseitig und riecht sehr nach Wahlpropaganda. Herr Pastor Ziesenitz, weshalb fallen Sie gerade nur auf die Preise der Straßenbahn und nicht auf die Preise der Produkte, welche der menschlichen Ernährung so wichtig sind, wie Milch, Butter und Fleisch? Sie als Seelsorger einer Gemeinde sollten sich doch in erster Linie der Alten, Kranken und Kinder, resp. der hungernden Bevölkerung annehmen. Aber das leidet anscheinend Ihr M. d. B. nicht. Oder verträgt sich dieses nicht mit den Ansichten Ihres Wahlanhanges? Wenn die Preise der Straßenbahn augenblicklich zu hoch sind, so liegt das doch nur an den viel zu hohen Preisen der Kohle, Eisen und anderen Materialien, für deren Verbilligung Sie auch anscheinend nicht zu haben sind, sonst würden Sie nicht allein die Preise der Straßenbahn herangezogen haben. Also bitte Herr Pastor nicht so einseitig, auch wenn sie in agrarischer Umgebung wohnen.

K. W., Mitgl. d. Arb.-Rats d. L. Str.-B.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 24. Januar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Der Markt verlief heute so gut wie geschäftslos. Forderungen wurden teilweise etwas erhöht. Die nicht unerheblichen Zufuhren von amerikanischem Mehl beeinträchtigten den Bedarf unserer Mühlen an Weizen und Roggen. (Preise in Rentenmark per 1000 Kilo): Weizen 155—160, Roggen 134—138, Hafer 108—114, Wintergerste 150—154, Sommergerste 160—168, ab inländischer Station einschl. Vorpommern, ausländische Gerste 158—162; Mais 168—172 frei Kaiwaggon. Oelkuchen etwas ruhiger bei mäßig erhöhten Preisen.

Heu und Stroh. Hamburg, 24. Januar. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Wiesenheu, lose auf 1,70 Mk., do. gepreßt auf 2,70 Mk.; Getreidestroh, gebündelt auf 0,80 Mk., do. gepreßt 1,— Mk.; alles in Zentner in Rentenmark frei Waggon inländischer Verladestation, exkl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Futtermittel. Hamburg, 24. Januar. Mais loko in Rentenmark 8,40, Laplata-Mais, Juni-September, 8,20 Rentenmark, Reisfuttermehl (24proz.), Januar-März 1,40, Doll., Rapskuchen, Januar in holl. Gulden 7,35, Palmkuchen, Februar in holl. Gulden 7,50, Kokoskuchen, Februar-März, in holl. Gulden 10,45, Inlandsweizenkleie, loko, in Rentenmark 4,10. Tendenz ruhig bei kleinerem Geschäft.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Futtergehandels. Hamburg, 24. Januar. Hafer 8,75, Mischfutter 7,75, Häcksel 3,75, Wiesenheu 5 Mk., Preßstroh 3,75 (alles per Zentner in Rentenmark).

Volkswirtschaft.

Der Einzelhandel gegen die freie Konkurrenz.

Während der Inflation hatte der Einzelhändler kaum Interesse daran, seine Ware loszuwerden und der Konsument mußte froh sein, wenn er für sein Geld überhaupt Ware erhielt. Diese Desorganisation in der Warenverteilung führte zu mannigfaltigen Komplikationen und zwang die Industrie, Waren, besonders Lebensmittel, im Großen einzukaufen und an die Arbeiterschaft abzugeben. Wir erinnern nur an die großen Fettkäufe, die z. B. das Kalisyndikat in Amerika getätigt hat. Mittlerweile haben sich die Verhältnisse gründlich geändert und der Kleinhandel führt lebhaft Klage, daß die Industrie ihn dadurch erheblich schädige, weil sie Gegenstände des täglichen Bedarfs einkauft und zu mehr oder weniger ermäßigten Preisen an Angestellte und Arbeiter abgibt. Der Deutsche Industrie- und Handelstag wendet sich nun in einem Rundschreiben an die ihm angeschlossenen Handelskammern mit der Bitte, dahin wirken zu wollen, daß eine derartige Ausschaltung des Einzelhandels in Zukunft nach Möglichkeit unterbleibt.

Unserer Ansicht nach erweist der Deutsche Industrie- und Handelstag dem Kleinhandel einen kaum verdienten Liebesdienst. Gerade der Einzelhandel hat doch zu den wenigen Organisationen gehört, die zur Zeit der Zwangswirtschaft am lautesten gegen „sozialistische" Bindungen geschrieen und freie Konkurrenz verlangt haben. Freie Konkurrenz ist es aber, wenn industrielle Werke zur Selbsthilfe greifen und Lebensmittel so billig wie möglich abgeben. Der Einzelhandel kann gar nicht dadurch geschädigt werden, wenn er ernstlich mit dem Angebot der industriellen Werke konkurrieren will, d. h. wenn er sich endlich dazu entschließt, seine Preise zu normalisieren. Das hat er bis jetzt versäumt. Vergleichen wir doch einmal die Lebensmittelpreise im Kleinhandel (Parität Berlin) in der ersten Januarhälfte 1924 nach der Aufstellung der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer mit den Preisen im Januar 1913. Es kosteten (absolut und relativ):

	1913	1914
½ kg Brot	0,14 = 100	0,18 = 128
½ kg Roggenmehl	0,16 = 100	0,20 = 125
50 kg Kartoffeln	3,50 = 100	4,95 = 141
1 Liter Milch	0,22 = 100	0,33 = 150
½ kg Butter	1,40 = 100	2,47 = 176
½ kg Rindfleisch	0,93 = 100	1,18 = 127
½ kg Schweinefleisch	0,75 = 100	1,31 — 175

Die Tabelle ergibt durchaus unberechtigte Differenzen gegenüber den Friedenspreisen, die man durch demagogische Kniffe wie Goldentwertung und Weltteuerung nicht erklären kann. Sie sind aber noch weit weniger zu erklären, wenn man in Betracht zieht, daß die Erzeugerpreise der von uns herangezogenen Artikel weit unter dem Friedensniveau liegen. Wir geben folgende Tabelle wieder:

	1913	1024
50 kg Roggen	8,22 = 100	7,32 = 89
50 kg Kartoffeln	2,00 = 100	1,93 = 96
1 Liter Milch	0,15 = 100	0,21 = 140
½ kg Butter	1,28 = 100	1,77 = 138
56 kg Ochsen	42,75 = 100	31,72 = 73
50 kg Schweine	53,50 = 160	56,10 = 104

Setzen wir die Erzeugerpreise mit den Kleinhandelspreisen in Beziehung, so ergibt sich durchweg, daß bei genauer Kalkulation eine Senkung durchaus möglich ist. Der Kleinhandel scheut aber diese Ermäßigung aus vielfachen Gründen. Darum nun der Schrei gegen die freie Konkurrenz. Weil die Profite bedroht sind, verbrennt man heute tatsächlich das, was man vor nicht allzu langer Zeit angebetet hat.

SPD. Auf der Berliner Getreidebörse setzte sich am Montag die rückläufige Bewegung in der Preisbildung für Brotgetreide fort. Es wurden notiert:

	Weizen:	Roggen:	Weizenmehl:	Roggenmehl
18. Januar:	158—162	142—144	25,00—27,5	23,00—23,5
19. Januar:	153—155	138—140	24,00—27,00	22,00—25,00
21. Januar:	151—155	134—137	23,25—27,00	21,25—25,00

Die Regierung, die bekanntlich eine Aufwertung der öffentlichen Schulden aus Mangel an Mitteln ablehnt, will in der dritten Steuernotverordnung das Aufwertungsproblem durch eine Besteuerung der sogenannten Entwertungsgewinne lösen. Der Entwurf der dritten Steuernotverordnung sieht u. a. bis zu einem gewissen Grade die Wegsteuerung von Gewinnen vor, die sich aus der Entwertung von Hypotheken und Obligationen ergeben haben. Weiter kommt eine Erfassung jener Gewinne in Frage, die durch staatliche Holzverkäufe und Emissionen von Notgeld der Industrie usw. Privaten zugeflossen sind. Die Eingänge aus dieser Steuer sollen den Ländern, Gemeinden usw. zugute kommen. Der Entwurf will ihre Finanzkraft weiter stärken, indem er ihnen die Körperschafts- und Fahrzeugsteuer und ½ Proz. der Umsatzsteuer überläßt. Durch dieses Opfer soll das Reich von der Verpflichtung, Besoldungszuschüsse zu leisten, befreit werden.

Die dänische Krone hat in den Nachkriegsjahren eine nicht unerhebliche Entwertung erlitten. Während man vor dem Kriege rund 112 Pfennige für sie bezahlte, war sie vor gut 14 Tagen für 65 Pfennige zu haben. Dänemark, das eine passive Handelsbilanz hat, machte nun den Versuch, mit Hilfe eines reichlichen Fonds die Krone zu stützen. Trotz der Stützungsaktion ist nun am Montag eine wesentliche Verschlechterung des dänischen Wechselkurs eingetreten. Es wurden in Kopenhagen bezahlt für:

	London:	Newyork:	Stockholm:
18. Januar	24,45	5,79	150,70
21. Januar	26,—	6,20	160,50

Die Ursachen dieses Sturzes sind recht ersichtlich, da sich die Ausfuhr Dänemarks im letzten Monat gesteigert hat und die Einfuhr nicht unbeträchtlich reduziert werden konnte. Außerdem hat sich nach den letzten Berichten der Notenumlauf um rund 9 % verringert, während die Goldeingänge reichlicher als früher waren. Eine Erklärung könnte man vielleicht im Hinblick auf die Vorgänge finden, denen der französische Franc in den letzten Wochen unterworfen war, da das französische Beispiel Besitzer dänischer Kronen wohl veranlassen konnte, die Krone abzustoßen. Wenn diese Annahme sich bestätigt, ist wohl mit einer Erholung der Krone zu rechnen.

Die ständigen Wechselkursschwankungen in Europa, die im Grunde nichts anderes als eine Folge des gestörten wirtschaftlichen Gleichgewichts sind, beweisen aufs neue die Gefahr, die dem Wirtschaftsleben Europas durch die unerledigte Reparationsfrage droht und betonen die Notwendigkeit, schnell zu einer allgemeinen Regelung zu kommen.

Amtlicher Teil

Am 26. Januar 1924, mittags 12 Uhr, wird der Kapitän Schünemann vom Dampfer „Kurland" wegen seiner Reise von Stettin nach Oxelösund im Gerichtshause, Gr. Burgstr. 4, Zimmer 9, Verklarung ablegen. (11058

Amtsgericht Lübeck.

Nichtamtlicher Teil

Plötzlich und unerwartet verschied am 23. Jan. mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater

Heinrich Kardel

im Alter von 61 Jahren. (11039

In tiefer Trauer
Elise Kardel
geb. Schröder
und Kinder.

Seeretz.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 26. Jan., 4 Uhr nachm., in Ratekau statt.

Feinplätterin sucht: Fr. Dr. Landau. 11014) Moisl. Allee 20a

3-Z.-Wohnung geg. 2-Z.-Wohnung zu tauschen. 11041) Schildstr. 11 I.

---

1 H.-Fahrrad, 55 G.-M. z. verk. (11033 Feldstr. 32 34 pt.

Blockwagen u. -Räder. (11028) Schützenstr. 67 pt.

Neue Marke Brennberge
z. verk. Pr. 8 Goldm. 11015) Heinrichstr. 17a I.

Kinderbettstelle billig zu verkaufen. (11036 Chaloupstr. 20 II. r.

6-flammig. Petroleumkocher zu verkaufen. 11042) Dröcestr. 3 pt.

Zu verkaufen Brennberge,
Pr. Mk. 2.—. (11027
Schwart. Allee 771

Ferkel und Zugänger. sind zu verkauf. (11046
J. Klüver,
Schwart. Allee 125

Zugänger und Ferkel z. verk. Gewerbestr. 30. (11050)

Sonntag, prima **Ferkel** zu verkaufen. (11056
Karl Holst, Arnimstr. 32.

Kl. o. gr. Kinderwagen gesucht. Ang. m. Pr. unt. **C 613** a. d. Exp. (11045

Mandolinen-Tasche z. kauf. gesucht. Ang. unt. **C 612** a. d. Exp. (11048

Rotekreuz-Land Holstt. gegen Rotekreuz-Land Marli z. tauschen. (11029 Attendornstr. 19 pt.

Schwarze Handtasche m. Schlüssel u. etwas Geld verloren. Um Rückgabe d. Schlüssel wird gebeten. Geg. Belohn. abzugeben. Hundestr. 52 (11056

---

100 Mk. Belohnung
Portemonnaie m. Brosche verloren, Brosche Andenken
Meding,
Pfaffenstraße 16.
(11059)

Empfehle: 11044
Frisches Schweinefleisch 90 ₰
Kochmasse Pfd. 95 ₰
Fettes fr. Gänsefleisch 60 ₰
Bratenstücke 70 ₰
Gulasch, Hack 80 ₰
Talg 55 ₰
sowie sämtl. Wurstsorten billigst
K. Jeschke,
Wakenitzstr. 12. Tel. 2[illegible]

Leb. Brachsen
4—6 ℔ schwer, ℔ 1.[illegible] M.
Rotangen . Pfd. 40 ₰
Hechte billig. (11055
R. Eggers,
Markthallen-St. 47-48
Telephon 3371.

11020

Heute
Pa. Rauchfleisch
und hochfeine
geräuch. Wurst
preiswert
Robert Dose,
Roßschlachterei
Dundesstraße 62,
Engelsgrube 58.

! Zigaretten!
ganz bedeutend
billiger
1 Post. gar. rein o. m. u. o. Mundstück
100 St. 0,95, 500 St. 4,50
1000 St. 8,25.
Div. bekannte Mark. mit Goldmundstück
1000 St. 16,50—20.—
(Ladenpreis 3—4 ₰)
Alle andern erstklassigen Marken werden
bis 20 %
unter heutigem
Fabrikpreis
abgegeben. 11035
G. Grundmann,
Großhandlung.
Schüsselbuden 32.

Marlesgrube 27
Fettes Fleisch
ff. Knackwurst

Anzeigen,
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Lübecker Volksboten"** veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

Kein Gefrierfleisch!
Frisches Rindfleisch 45 ₰
Bratenstücke . . . 50 ₰
Gr. Rinderhack . . 60 ₰
Gr. Beefsteakhack . 80 ₰
Gr. Rollfleisch u. Beefsteak . . 80 ₰
Gr. Hammelfleisch 50 ₰
Gr. Hammelkeule . 60 ₰
Gr. Kalbfleisch . . 50 ₰
Gr. Schweinefleisch 90 ₰
Gr. Leberwurst . 100 ₰
Gr. Gekochte . . 120 ₰
Karl Möller,
Wakenitzstraße 44.
Tel. 2[illegible]. (11040

Billige Restposten in Wollwaren

Wollmützen für Knaben und Mädchen

Einfarbig und mit Borde

Serie	I	II	III	IV
Gmk.	50 ₰	1.20	1.85	2.50

Wollschals für Damen und Herren

in vielen Farben, breite Form

Serie	I	II	III	IV
Gmk.	1.75	2.95	3.25	3.95

Garnituren Schal und Mütze

Nur gute Qualitäten, in vielen Farben

Serie	I	II	III	IV
Gmk.	2.95	3.25	3.95	4.95

Sportjacken für Damen, Herren und Kinder

in guten Qualitäten und vielen Farben

Serie	I	II	III	IV
Gmk.	9.50	17.50	19.50	24.50

HANS STRUVE

Königsstrasse, Ecke Wahmstrasse (11049

Margarine ℔ 50 ₰
Blomen-Blasen-**Schmalz** ℔ 80 ₰ ℔ 90 ₰
Cocosfett . ℔ 60 ₰
Speck . . . . ℔ 80 ₰
Käse von ℔ 60 ₰ an
„ **vollf. Schweizer** ℔ 1.60 M. (110.2
Schweinefleischfleisch in Sauer ℔ 75 ₰
Sirup ℔ 40 ₰
Janssen,
Beckergrube 7.

!! Achtung !!
Gr. Posten spottbilliger
Schuhwaren
(solange Vorrat reicht)
zum Aussuchen
Paar 2 bis 3 Mark
Lederabfälle
für Sohlen- u. Absätze-reparaturen (11048
½ Pfd. 30 ₰
Sohlen im Ausschnitt von 60 ₰ an
Wilhelm Blunck
19 Hartengrube 19

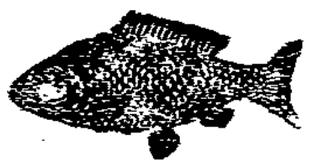
---

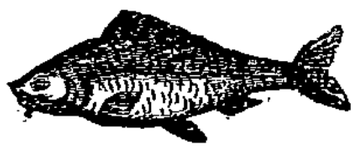
2 Waggon
mitteldeutsche
Salon-Briketts
ab Lager Wallhalbinsel.
Lieferung frei Haus
(mindestens 10 Zentner).
11024)
J. Roks & Co.
Fernruf 1623.

Prima dickfettes geir. Rindfleisch ℔ 50 ₰
Gr. Hack ℔ 80 ₰ Rollfleisch und Beefsteak ℔ 90 ₰
Prima junges Kalbfleisch . . . ℔ 50 ₰
Braten . . . . 60 ₰ Keule . . . . 65 ₰
Prima fett. Schweinefleisch ℔ 90 u. 100 ₰
Karbonade . . . . 120 ₰ Leber . . . . 50 ₰
Reines Schweineschmalz ℔ 80 ₰ Cornedbeef 80 ₰
O. Stöver, Wahmstraße 22.
11051) Telephon 2133.

11037

Marlesgrube 27
Fettes Fleisch
ff. Knackwurst





Es gelangen **Sonnabend** zum **Verkauf:**

Prima Brachsen

zum Preise von **60** u. **80 Pfennig**
in der (11040
Markthalle, im **Straßenhandel**
und in folgenden Geschäften:

J. Behrens, Marlesgrube
J. Borgwardt, Kronsford. Allee
H. Bräger, Hansastraße
J. Hagessen, Mühlenbrücke
Frau **Dörr,** An der Mauer
H. Riemann, Reiferstraße
J. Piehl, Warendorpstraße
R. Sager, Holstenstraße
P. Stotters, Blankstraße
G. Wriedt, Marli
Helling & Sager, Schwartau, Markt.

Allerf. holst. Meiereibutter
Pfd. 2.20 Mk.
Sämtliche Sorten **Käse** in allen Preislagen
Pfund von 35 Pfg. an.
Blasenschmalz Pfd. . . 90 Pfg.
Ia. Schweineschmalz . 80 Pfg.
Margarine Pfd. von 55 Pfg. an
Lebensmittel-Ecke,
Hüxstraße 96. (11047

Pa. geräucherte Schweinebacken pro ℔ 80 ₰
Pa. df. gefr. Ochsenfl. 56 ₰ | Pa. ger. fetten Speck 93 ₰
Pa. df. gefr. Bratstck. 56 ₰ | Pa. weiß. Schmalz 80 ₰
Beefsteak. Rollfl. 80 ₰ | Pa. Schweineleber 45 ₰
Ia. frisches Schwarzsauer m. Fleischfl. Pfd. 20 Pfg.
Karl Lahrtz 11013 **Böttcherstr. 16.**

Kohlen
Koks
Briketts
Grude
Braunkohlen
Holz
11003
empfiehlt frei Haus und ab Lager
Hans Lübcke
Wickedestr. 33-35.
Telephon 2378.

Visitenkarten
werden angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Offeriere nochmals:
Tilsiter Fettkäse
Pfund 50 Pfennig.
11054
Romatour
alt und pikant Pfund 40 Pfennig.
Max Pauls, Käsegroßhandlung
Gr. Burgstr. 48. Telephon 3724.

Beitragsmarken
für Vereine und Gewerkschaften
erfigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung.
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Prima Landbrot . . . . . 35 ₰
Meierei-Butter . . . . . ℔ 2.20
Schweineschmalz . . . . . „ 80 ₰
Cornedbeef . . . . . „ 70 ₰
Kammenbertkäse . . . . . „ 25 ₰
An der Mauer 28,
Attendornstr. 23,
Geibelplatz 10. (11055

LACHEN LINKS
DAS WITZBLATT DER REPUBLIK
12 Seiten Mehrfarbendruck
PREIS 25 PFENNIG
Zu beziehen durch
Buchhandlung des „Lübecker Volksboten",
Johannisstraße 46.
Jeden Freitag neu!